

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 75 Halbpennig monatlich einschließlich 6 Halbpennig Subskriptionsgebühr. — Bestellungen nehmen alle unabhängigen Buchhändler, Verleger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Einzelhefte, ältere Nummern und Belegblätter sind aus dem Verlag von der Stellung für Straßburger und Antikalienhaus.

Anzeigenpreis: Für die halbpennige Millimeter-Zeile 10 Halbpennig. — Ausgaben im Reklametitel 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischen Wegweisers“ Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Verlag: Herrn der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1377.

Nummer 14

Halle (S.), 2. April 1927

3. Jahrgang

Drohungen und Verheißungen.

Abrüstungsabotage in Genf — Graf Bernstorff schlägt auf den Tisch — Gefellers Rede zur Abrüstung — Graf Schulenburg für die Farben der Republik — Vier Todesurteile im Fememord — Deutschnationale Entrüstung — Herrn Köhlers Finanzpolitik — Die gestrichene Kinderheftung — Das deutsch-französische Handelsprovisorium — Das Weinkontingent — Der albanische Konflikt neu belebt — Der Sieg des Nationalismus in China — Schwankung der Mächte — Das Rätsel bleibt.

Sonderliche Erwartungen hat man wohl nirgends auf die vorbereitende Konferenz für die Abrüstung gesetzt, aber ganz so dürftig hätte das Ergebnis nicht auszufallen brauchen. Wir sind zwar noch nicht am Abschlus angelangt, aber das Bild, das sich uns darstellt, ist schon jetzt unerfreulich genug und genügt völlig, um alle Hoffnungen zu zerstreuen. Im Grunde genommen will, vielleicht von einzelnen Kleinstaaten abgesehen, denen die Lasten unermesslich werden, niemand die Abrüstung. Wohl sieht sich Englands Vertreter, Lord Robert Cecil, sehr tapfer für ein umfassendes Abkommen ein, aber man wird doch den Wendepunkt dabei nicht los, daß sich der kluge Briten nur auf die Landheere beschränkt und selbstverständlich auch noch die Luftstreitkräfte einbezieht, in denen sich England Frankreich unterlegen fühlt, daß aber der gute Wille sofort endet, sobald die Erörterung sich in Bahnen bewegen würde, die eine Schwächung der britischen Seegewalt bedeuten könnte. Frankreich unter stillschweigender Billigung Italiens kämpft für Heere, deren Durchführung nur sein eigenes Übergewicht sicherstellen soll. Vor allem will es nicht dulden, daß sich die Truppenverminderung auch auf die Meeresmacht bezieht, so daß es von der Einführung der einjährigen Dienstzeit die größten Vorteile hätte, wenn es zum Einsatz kommt. Das Ganze ist ein Spiel der Sabotage, und es ist immerhin recht bemerkenswert, daß sich der Sozialist Paul Boncour dazu bereitwillig hergibt. Der Belgier de Broedere hat in ergreifenden Worten seiner Friedenssehnsucht Ausdruck gegeben, sich aber praktisch auf die französische Seite gestellt und ironisierend von dem Artikel 8 des Versailler Friedensvertrages gesprochen, der die Abrüstung vorseht. Dieser John hat Deutschland endlich bezwungen, einmal seine Meinung den nötigen Schwung zu geben. Der Graf Bernstorff schlägt erneut auf den Tisch und erklärte mit gehobener Stimme, daß wir an diesen Bestimmungen des Friedensvertrages festhalten und nicht gewillt seien, irgendeinen Scheinabkommen unsere Zustimmung zu geben. Es war ein erlösendes Wort. Wir können weder die Franzosen, noch Italiener, Engländer und Belgier noch all die übrigen Nationen daran hindern, vor ihren eigenen Vätern die Genfer Komödie zu Ende zu spielen, aber man soll dann nicht von uns verlangen, daß wir mit verantwortlich gehen.

Ein seltsamer Fall fügte es, daß zur selben Stunde, da Graf Bernstorff in Genf sich dem Sport verbat, das gleiche Thema im deutschen Reichstage erörtert wurde. Nicht die Einzelheiten waren wichtig, das pflegt bei Etatsberatungen nie der Fall zu sein, wohl aber gab es eine Art Richtlinie, die plötzlich allen sichtbar wurde. Von der Linken sofort angegriffen, hat Minister Dr. Gefeller einmal seine eigene Auffassung zu der politischen Frage der Auf- und Abrüstung dargelegt. Auch er formuliert, ähnlich wie der deutsche Vertreter in Genf, unseren Standpunkt dahin, daß entweder alle in gleichem Maße abzurüsten müßten, oder daß es Deutschland gestattet sein solle, ebenfalls für seine Verteidigung zu sorgen. Weniger aus den Worten klang, als aus dem Klang der Gefellerschen Worte, ging deutlich genug hervor, daß er zu der Erfüllung des Friedensvertrages — es handelt sich nicht nur um den Artikel 8, sondern auch um die Präambel zum Teil 5, der unsere Abrüstung bestimmt — nicht das mindeste Vertrauen hat. Er glaubt nicht an sie und hat auch nie an sie geglaubt und deshalb von vornherein die Reichswehr als den Kern einer künftigen größeren Armee, also als eine Art Wehrmacht aufgeführt. Daraus erklären sich mancherlei Erscheinungen innerhalb der Armee, die sonst unverständlich blieben. Bemerkenswert war übrigens in der Aussprache die Stellungnahme des Grafen von der Schulenburg, des früheren Generalstabschefs der Armee deutscher Kronprinz, der seiner ganzen Einstellung nach zum völligen oder mindestens konventionellen Flügel der Deutschnationalen rechnet. Das monarchische Unterfutter wurde gewiss deutlich genug sichtbar, aber es ist immerhin ein Fortschritt, daß dieser General, der in den entscheidenden Novembertagen den Kaiser noch den Kampf gegen die Revolution anriet, heute von der Armee verlangt, daß sie sich unpolitisch lediglich in den Dienst des Staates stellt, ohne nach seiner Form zu fragen und daß sie die Symbole der Republik achte. Es scheint doch, und Graf von der Schulenburg scheint nicht der einzige zu

sein, der zugelernt hat, daß die Republik heute selbst ihrem schärfsten Gegner als ehernes Bollwerk erscheint.

Im Zusammenhang mit der Reichswehr richtet sich der Blick unwillkürlich auf die Fememord. Im Reichstag sind sie auch häufiger berichtet worden und Gefeller hat die tobensten Kommunisten etwas sehr unfaßlich damit abgefertigt, daß er ihnen einen Fememordakt ihres Freundes heute nicht mehr zu erörtern. Für das Parlament erwünscht wird die Pflicht, dafür zu sorgen, daß niemand in der Armee der deutschen Republik bleibt, der an jenen Untaten beteiligt war. Namen zu nennen, unterläßt man dabei. Möglichst schon, daß einmal die Gerichte selbst sie aussprechen. Anordnungen finden sich ja in dem Urteil des Berliner Schupengerichts im Fall Wilms. Darüber hinaus aber gehört doch dieses ganze Landrechtssystem einer Epoche deutscher Geschichte an, die glücklicherweise vorüber ist. Kühns Seelen haben von Stuhlbad des Krieges gesprochen, in der Ansicht, daß es ständige Klärung darstelle. Man wird auf Grund der Erfahrungen genau der entgegengekehrten Ansicht sein. Auf dem Schlachtfeld mögen Kameradschaft und Tapferkeit besonders erlöschen, aber es wächst doch auch sehr viel mit hervor, was in normalen Zeiten im Unterbewußtsein liegen bleibt, vor allem gewisse Raubbauinstinkte. Im Berliner Prozeß ist es endlich gelungen, einmal Klarheit zu schaffen und alle Versuche, die Wahrheit zu verschleiern, mißlungen weil der Vorsitzende den Willen zum Recht hatte. In politischen Prozessen ist das selten und deshalb rühmend hervorzuheben. In dem Giechener Prozeß z. B., der noch schwebt, lassen die Zeitungsberichte jedenfalls nicht die gleiche Ernsthaftigkeit des Verhandlungsleiters erkennen. Vier Todesurteile wurden verhängt. Auch den Oberleutnant Schulz hat die Justiz endlich erteilt, nachdem ihm freundschaftliche Richter oder Geschworene bisher immer noch bewahrt hatten und siehe da, dieselben deutschnationalen Wähler, die in ständiger Entrüstung sich überboten, wenn von Antseher ein Urteil gesprochen wurde, beschimpfen jetzt in unflätigster Weise deutsche Gerichtsbarkeit. Wie's trifft, Doppelte Moral.

Innere Politik ist heute im wesentlichen eine Finanzfrage. Wer die Kassen füllt, ist Herr der Lage. Leider offenbar auch, wer sie ausleert. Herr Dr. Köhler hat im Verein mit den Regierungsparteien eine Finanzpolitik beschrieben, die vermutlich in Kürzen an sich selbst zerbrechen wird. Schwächste Angriffe gegen seinen Vorgänger Dr. Reinhold lösen nicht gerade zum Meistern genommen werden, aber sie werden auch nicht deren hindern, seine eigene Finanzpolitik sehr genau nachzuprüfen. Man hat dem Partikularismus, diesem Ergebnis deutscher Geschichte, die größten Zugeständnisse gemacht ohne Rücksicht darauf, daß das dem Deutschen Reich zu Ruh und Fortkommen dient. Eine Heberatsung war es nicht, denn der frühere badische Staatspräsident galt in dieser Hinsicht als abgekempt und schließlich mußte man auch der bayerischen Volkspartei ihre Annäherung aus der Reichstages beschließen. Annähernd 400 Millionen werden so dem Reiche entzogen, und da man auch etwas Sozialpolitik treiben muß, um den größten Wohlstand des Reiches zu erhalten, so ist es unmöglich, so tiefen die Abtragsgaben auf gut Dreiviertel Milliarden. Dafür sticht man einige kleinere soziale Forderungen, die für fünf Millionen für Kinderheftung, Bequem genug und ungefährlich, da Kinder bestimmt kein Wahlrecht haben. Im übrigen aber erschöpfte man alle Reserven, die man aus der Vergangenheit her noch besaß, hat also genau das, was man Dr. Reinhold zum Vorwurf gemacht hatte und stellte dann die Einnahmen im Voraus mit einem höheren Betrage ein. Papier ist gebuldig. Den Ländern wird ihr Einkommen garantiert. Wer garantiert es dem Reich? Herr Dr. Köhler? Er dürfte kaum noch im Amte bleiben, wenn der nächste Etat das Parlament beschäftigt.

Wie die Finanzfragen die innere, so beschäftigen die Handelsvertragsfragen die äußere deutsche Politik. Mit Polen sind wir trotz der Ausprache Stresemann-Jalowski in Genf noch nicht weiter gekommen. Die eigentlichen Zollfragen sind noch garnicht wieder angegriffen worden, da immer noch das Niederlassungsrecht unstritten ist. Da

gegen scheinen sich die Besprechungen in Paris allmählich soweit entwickelt zu haben, daß wenigstens mit dem Abschluß des Provisoriums bis zum 30. Juni gerechnet werden kann. Zugeständnisse mußten auf beiden Seiten bewilligt werden, auf deutscher, die Einführung eines größeren Weinkontingentes, zu denselben Zollhöhen, die Italien und Spanien gewährt worden sind. Das Kabinett nimmt daran keinen Anstoß, was durchaus zu billigen ist, aber es steht doch in einem gewissen Widerspruch, daß auch die deutschnationalen Minister nichts dabei finden, bis das vor kurzem als untragbar bezeichnet haben. Es wächst der Mensch mit seinen größeren Zwecken. Kommt aber dieses Vorabkommen zustande, so besteht auch die Hoffnung, daß wir nach Annahme des französischen Zolltarifs uns auch über einen endgültigen Handelsvertrag verständigen, der eine der wichtigsten Voraussetzungen für die politische Annäherung ist.

Der albanische Konflikt schien auf Eis gelegt zu werden. Und Zeit gewonnen, heißt hier häufig, alles gewonnen. Italien hat in einem Memorandum 23 Beschwerden gegen Jugoslawien erhoben, aber sehr überzeugend waren sie nicht belegt. Die Großmächte haben dann auch in Rom zu verstehen gegeben, daß sie damit nicht viel anzufangen wüßten. So trat man einen gewissen Rückzug an. Vom Völkerbund sprach niemand mehr. Man will ihn nicht auf eine Probe stellen, die er doch nicht bestehen kann. Für Ernstfälle reicht er nicht aus. Aber den direkten Droht zwischen Ljubljana und Belgrad an der Danau wollte man neu ziehen. Namentlich England bezieht sich darauf, dessen Haltung in diesem Streit überhaupt etwas schwanke gewesen ist. Jetzt aber hat die serbische Regierung in einer neuen Proklamations an die Großmächte die Aufmerksamkeit auf Rüstungen in Albanien gelenkt, die nicht nur mit Vire bezahlt werden, sondern offenbar auch italienischen Offizieren anvertraut worden sind. Eine Unterdrückung in diesem unruhigen Winkel ist Jugoslawiens Forderung, die von Italien unter keinen Umständen bewilligt werden wird. Und so stehen wir denn wieder mitten in Ereignissen.

Das große Rätsel bleibt China. Die Kantonesen haben beträchtliche Erfolge militärischer Art erzielt und brauchen heute kaum noch mit Überflüssen ihrer Landeskunde zu rechnen. Aus dem Innern strömen die Fremden ab und eine Stadt nach der anderen geht in ihren unumschränkten Besitz über. Dafür aber tobt der eigentliche Kampf um Schanghai. Schwere Beschießungen haben stattgefunden, bei denen auch Ausländer ihr Leben einbüßten. Fast schien es, als wollten sich die Vorgänge um die Jahrhundertwende wiederholen. Da aber wurden politische Schachzüge sichtbar, die zu denken geben. Japan verweigert weitere Truppenlandungen, Amerika lenkt ein und selbst England sucht aus der Isolierung herauszukommen. Am hartnäckigsten, obwohl am ohnmächtigsten sind die Franzosen und niemand kann voraussehen, wie sich die Dinge zuletzt entwickeln. Richard Man.

Ein Novelle zum preussischen Kommunalbeamten-Gesetz.

Die sozialdemokratische, die demokratische und die Fraktion des Jentrums des Preussischen Landtags, außerdem die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei haben bei der zweiten Beratung des Inhalts des Ministeriums des Innern nachstehenden Entschließungsantrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen,

1. mit möglichster Beschleunigung eine Novelle zum Kommunalbeamten-Gesetz vorzulegen, wodurch a) eine Sicherung und Stärkung des Berufsbeamtenwesens erreicht wird, b) die Gemeinden angehalten werden, grundsätzlich alle dafür geeigneten Stellen in Beamtenstellen umzuwandeln, insbesondere die Dauerangestellten in das Beamtenverhältnis zu überführen;
2. hinsichtlich der Dauerangestellten das Entsprechende auf Grund des bestehenden Kommunalbeamtenrechts soweit möglich alsbald zu veranlassen.

Politik und Wirtschaft.

Eine Rede von Dr. Hummel, M. d. R.

Auf der Tagung der anhaltischen Demokraten sprach am Donnerstag den 27. März, unser Abg. Prof. Hummel. Nach der „Deutscher Zeitung“ begann er mit der Feststellung, daß wir uns in einer schwereren staatspolitischen Krise befinden. Man erörterte heute oft die Frage: Ist der Staat gegen die Wirtschaft eingestellt, oder muß sich die Wirtschaft gegen den Staat einstellen? Beides ist falsch. Es sei notwendig, sich wieder stärker auf die organische Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft zu bestimmen. Keine Wirtschaft kann existieren, ohne eine fürgerliche Rechtsordnung, andererseits ruhe der Staat auf der Grundlage der Wirtschaft. Daß dennoch Differenzen bestehen, komme daher, daß wichtige staatspolitische Fragen noch keineswegs endgültig gelöst seien: Einheitsfrage, soziale Bewegung, außenpolitische Lage usw. In der heutigen Lage von Staat und Wirtschaft muß alles darauf eingewirkt sein, im guten Sinne konservative, staatsershaltende Politik zu treiben.

Das wahrhaft konservative ist im Augenblick das Demokratische.

der Wille, Staat und Wirtschaft unverfehrt zu erhalten. Wir erleben dagegen den amerhörten Luxus, daß weite Schichten des Volkes nicht mit der Staatsform zufrieden sind, wo so viele frühere Autoritäten zusammengebrochen sind. Zu diesen Gegnern der Republik gehören auffälligerweise gerade die sozial gebildeten Schichten, die akademische Jugend u. a. Staatsfeindliche Einstellung ist aber eine ungründliche Einstellung, ein Mangel an bürgerlichem Selbstbewußtsein in einer Zeit, wo dem deutschen Bürger Gelegenheit gegeben sei, seine Geschichte selbst in die Hand zu nehmen. In der ganzen Welt hat die demokratische Staatsform, trotz Faschismus und spanischer Diktatur, über das monarchisch-konstitutionelle System gesagt. Es ist daher eine ungeheure Kraftvergeubung, daß viele über ganze Kraft an die Belämpfung einer Staatsform setzen, ohne zu wissen, was sie an ihrer Stelle verlangen sollten. Diese Haltung ist aber auch ein Unrecht an den aufstrebenden Volksschichten, vor allem der Arbeiterklasse. Für die gebildeten Volksschichten müßte es doch eine Freude sein, die besten Schichten als Führer zu dienen. Aber sie haben nicht den Willen dazu, noch die Befähigung. Wir sehen heute auch aus Urteilen und Meinungen, daß im alten Reich nicht die Begehrtesten die Führer waren. Ich habe volles Verständnis dafür, daß wir Freude haben an den großen Figuren der Geschichte. Das vertritt sich mit der Republik sehr gut. Aber das Hauptverdienst an der gewaltigen Entwicklung unseres Volkes haben doch die großen geistigen Führer. Die republikanische Staatsform ist auch die angemessenste Form für ein selbstbewußtes Volk. Wenn wir an die historische Zurückführung bürgerlicher Kreise denken, so ist uns deren monarchisches Gefühl unverständlich. Manche fühlen sich eben nur wohl, wenn sie von Zeit zu Zeit etwas getreten werden. Nun könnte man meinen, seit die Deutschnationalen schwarzrotgold beschworen haben, sei die Gefahr für die Republik beseitigt. Aber es könnte besser, wenn nicht nur die deutschnationalen Minister, sondern auch die Wähler und ihre Zutreiber auf dem Boden der Verfassung ständen.

Eine Politik der Sinterfähigkeit setzen wir allerdings von den verfeinerten Jüngern immer schon gewohnt. Unsere Wähler hätten es sich nicht bieten lassen, was die Deutschnationalen ihren Wählern haben zumuten können: jahrelang für die Monarchie, gegen die Republik, gegen den Parlamentarismus, gegen das Zentrum zu stehen und dann — ein Bekenntnis zu schwarzrotgold abzugeben.

Wir müssen die Wirtschaft als einen Organismus betrachten, in dem kein Stein willkürlich ausgebrochen werden kann. So wie der Staat aus rechts, so wird die Wirtschaft von links unlämpf. Die ganze Agitation gegen die Wirtschaft steht viel zu sehr unter der Herrschaft ungeprüfter Schlagworte: gegen das Großkapital, den Großbetrieb, Kartelle, Trusts, Syndikate usw. Wir müssen diese Dinge etwas ruhiger betrachten. Ich bin der Überzeugung, daß die Großbetriebe erhalten werden müssen unter der Voraussetzung, daß sie volkswirtschaftlich gerechtfertigt sind. Auch der Kampf gegen die Kartelle darf nur unter gewissen Voraussetzungen geführt werden, wenn nämlich Mißstände vorhanden sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß der gesamte Mittelstand ohne gewisse kartellartige Abmachungen gar nicht denkbar wäre. Das Beispiel Amerikas zeigt, daß wir im Rahmen der Großbetriebe einen durchaus gefunden und wohlhabenden Mittelstand haben können. Gegen die amerikanische Konkurrenz müssen wir uns heute auf alle Fälle wappnen. Dabei stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Staat für den Mittelstand manches tun kann, was bisher vergessen worden ist. Wir müssen zum Beispiel auch für die Feststellung einer Höchstbelastung der Wirtschaft sorgen, über die nicht hinausgegangen werden darf. Dann müssen die Steuern nach einem bestimmten Schlüssel auf die einzelnen Steuerarten aufgeteilt werden. Die Senkung der Realsteuern ist auch eine notwendige mittelstandsfreundliche Maßnahme. Außerdem verlangen wir gesunde Währungen an den Budgets des Reiches, der Länder und Gemeinden. Währungen am freien Preis sind Unsinn, die Schlüssel sind die, die hinterhand nur Verwirrung machen. J. B. der Weichsel am Mittelstandkanal. Ein Kanal, der doch gebaut wird, aber gebaut werden muß, wird so schnell wie möglich gebaut, da er sonst nur immer teurer werden wird. Darüber hinaus müssen wir in Europa endlich dazu kommen, die Hindernisse zu beseitigen, die den Warenverkehr hemmen, sonst könnte Amerika gegenüber doch eines Tages der Übergang des Abenlandes erfolgen. Wir müssen dazu eine Außenpolitik treiben, die die Verständigung der europäischen Völker ermöglicht. Ich möchte der deutschen Politik nur wünschen, daß sie nicht wieder in die Fehler der Vor-

tragszeit verfällt, nämlich zu glauben, man müsse überall dabei sein. Es ist gar keine dankbare Rolle, immer den ehrliehen Mäler zu spielen.

Napoleon hat einmal gesagt, was die Welt zuletzt regiere, seien nicht die Kanonen, sondern der Geist. „Geist der Volksgemeinschaft und der Demokratie — mit diesem Geist muß sich unsere Volksgemeinschaft erfüllen, an ihm läßt uns festhalten!“ (Stürmischer Beifall.)

Anhalt und der Mittelstandkanal.

Auf dem Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei, Anhalt, wurden nachstehende Entschlüsse angenommen:

1. Der anhaltische Landesparteitag der Deutschen Demokratischen Partei spricht sich in schärfster Weise gegen die Finanzpolitik der Reichstagsmehrheit und des Reichsfinanzministers Köhler aus, die dazu führt, partikularistische Finanzforderungen einzelner Länder den Erfordernissen des Reiches voranzustellen.

2. Der anhaltische Landesparteitag der Deutschen Demokratischen Partei spricht der demokratischen Fraktion des anhaltischen Landtages sein volles Vertrauen aus. In der Frage der Steuerreform billigt er die Zustimmung der

Große öffentliche Kundgebung

Staatspräsident a. D.

Hummel

M. d. R.

Dr. Theodor Bohner

M. d. R.

M. d. L.

sprechen am

Samstag, den 3. April

11 Uhr vormittags

in großer

Freundschafts-Saal

Alle an der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Mittelstandes interessierten Mitglieder willkommen!

D. D. P. Magdeburg

Fraktion zu den Regierungsvorlagen, soweit sie eine mögliche Anpassung an die preußischen Geetze vorsehen. Dabei erwartet er, daß den Forderungen der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes in Stadt und Land, nach Senkung der Realsteuern Rechnung getragen wird.

3. Der anhaltische Landesparteitag der Deutschen Demokratischen Partei spricht der Reichstagsfraktion und insbesondere dem Abgeordneten seines Wahlkreises, Hummel, seinen Dank dafür aus, daß sie in der Frage des Mittelstandkanals auch die anhaltischen Interessen gewahrt hat. Stärkeres Befremden hat er es auf dem Parteitag erregt, daß die jetzige Rechtsmehrheit des Reichstags durch Abstriche von den bisherigen Forderungen für den Mittelstandkanal sich gegen Reichstagsbeschlüsse und Verträge ausgesprochen hat, die zwischen den einzelnen Staaten und dem Reich freiwillig geschlossen sind. Ganz unbegreiflich ist dabei die Faltung der deutschnationalen und völksparteilichen Abgeordneten des Wahlkreises selbst, die bei der Annahme des Gesetzentwurfes über den Mittelstandkanal mitgewirkt haben, dem Reich aber in einer Zeit kaum erträglicher Arbeitslosigkeit die Mittel für die Vollendung des Kanals und seines Südlügels verweigern.

Seltene Mittelstandsretter.

Von Bädermeister Karl H. H. H. H.

Mitglied des Preussischen Landtages.

Von der „Deutschen Kolonialwaren- und Feinstoff-Kundschau“, dem Organ des Reichsverbandes deutscher Kaufleute des Kolonial-Feinstoff- und Lebensmittel-Einzelhandels e. V., wird meine Mitarbeit bei der Neuordnung der Gewerbesteuer in Preußen für das Jahr 1927 recht abfällig beurteilt. Im Gegensatz zu dem Abgeordneten Lange (Dittersbach) bewegen mich latente Gründe, für die Herauslösung der Rückvergütungen der Konsumvereine aus dem Gewerbeertrag zu stimmen. Für diese „Mittel“ werde ich nun angetrangt als Feind des Mittelstandes. Zwei stellt obige Kundschau fest:

„Wie in der Deutschen Kolonial- und Feinstoff-Kundschau“ mitgeteilt, hat bei der 2. Beratung der Gewerbesteuer für 1927 im Preussischen Landtag der Abgeordnete Lange (Dittersbach) eine temperamentsvolle Mittelstandsrede gehalten. Wie zutreffend seine Ausführungen waren und welchen Eindruck sie auf das Haus gemacht haben, wissen wir am besten die aus dem amtlichen stenogramm ersichtlichen Zuhörer, mit denen die Gegner des Redners dessen Argumente abzuwägen versuchten. Unter diesen Gegnern aber, mit denen sich

der Abg. Lange (Dittersbach) auseinandersetzen hatte und die zum Teil auch noch gegen ihn das Wort ergreifen haben, befand sich — höchst bedauerlicher Weise — auch der feilschende Mittelständler Es ist der demokratische Abg. Houry, seines Zeichens Bädermeister in Bodum, der es sich nicht hat verlagern können, die Bevorsugung der Konsumvereine im Gewerbesteuerertrag gegenüber dem legitimen Einzelhand: zu verteidigen.“

Wie temperamentsvoll und einflussvoll der Abg. Lange (Dittersbach) gesprochen hat, davon sei eine kurze Probe aus dem amtlichen Bericht über die 247. Sitzung des Preussischen Landtages vom 18. Februar wiedergegeben. „Über meine Damen und Herren, Sie dürfen auch nicht vergessen, daß die Konsumvereine während der Zwangsveräußerung als Kaufmann sagen — wochen-, monatlang ihre eigenen Mitglieder nicht belästigen konnten, daß sie zu den freien Kaufleuten kommen mußten, um überhaupt Ware zu erhalten. (Widerpruch und Zurufe im Zentrum links).“

Gerade in unserem Ort hat man uns damals einen Grund davon gemacht, daß der Jüder beim Kaufmann für 35 Pf. verkauft wurde, während der Preis im Konsumverein nur 24 Pf. betrug. Dabei verzagt man das: Der Konsumverein verkaufte den Jüder mit 24 Pf., hatte aber seinen Jüder, und die Kaufleute, die sich vorher zu rechten Zeit mit Jüder verlorft hatten, verkaufen ihn für 35 Pf. und hatten Jüder.“ (Lachen und Zurufe: Schlußbedeutung.)

Zur rechten Zeit verlorft — für 35 Pf. verkauft. — Der Einbruch war tief, noch tiefer war der Einbruch, den der Abg. Lange (Dittersbach) dadurch hervorrief, daß er wie ein rander Roland für die Einbürgerung der Rückvergütungen der Konsumvereine in den Gewerbeertrag kämpfte und den vorliegenden Antrag der Deutschnationalen, der die Einbürgerung verlangte, ebenso tapfer niederstimmte, wie er zuvor dafür gekämpft hatte. Doch hören wir die „D. K. Kundschau“ weiter: „Nachdem der Abg. Houry den Namen unseres Blattes auf diese Weise in die Landtagsdebatte gezogen hat, können wir schon nicht umhin, daß es uns ausgesprochen erscheinen will, als ob der Abg. Houry niemals den ausgezeichneten Ruf erlangt wird, dessen sich der Abg. Lange (Dittersbach) in den Kreisen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes erfreut.“

Es ist eine eigene Sache mit dem „Ruf“. Der edle Don Quixote von La Mancha wie auch Gullenspiegel hatten einen „Ruf“. Ruf ist auch zu erlangen im Presse-land. Ich will nicht entscheiden, welcher Art der Ruf die „D. K. Kundschau“ einzufammeln bestrift ist, aber einige Fragen darf ich wohl stellen: Ist der „D. K. Kundschau“ bekannt, daß die Noelle zur Neuordnung der Gewerbesteuer in Preußen diese Steuer bei den meisten Handvertern und Einzelhändlern um die Hälfte gesenkt hat? Wenn nicht, beachten Sie dieses Beispiel:

Beispiel 1. Alte Berechnung der Gewerbesteuer:

Ertrag	3000 M
Mietzins	1200 M
Freigrenze	4200 M
	1500 M
Steuerbarer Gesamtertrag	2700 M
Zu versteuern 2400 M mit 1 Prozent	24 M
Die nächsten 300 M mit 1½ Prozent	6 M
	30 M
Bei 600 Prozent Zuschlag	180 M
Beispiel 2. Neue Berechnung der Gewerbesteuer:	
Ertrag	3000 M
Mietzins (ein Viertel von 1200 M)	300 M
Freigrenze	3300 M
	1500 M
Steuerbarer Gesamtertrag	1800 M
Zu versteuern 1200 M mit ¼ Prozent	6 M
Die nächsten 600 M mit 1 Prozent	6 M
	12 M
600 Prozent Zuschlag	72 M

Ist der „D. K. Kundschau“ bekannt, daß Deutschnationale, Volkspartei, Wälsche und Wirtschaftspartei in der Schlussabstimmung gegen die Noelle gestimmt haben, und auch nicht die Wälsche hatten, bei Annahme des Antrages der Deutschnationalen, der die Besteuerung der Rückvergütungen verlangte, für die Noelle zu stimmen? Ist der „D. K. Kundschau“ ferner bekannt, daß ich einen der Führer der Rechtsparteien gefragt habe, ob bei der Annahme obigen Antrages die Opposition der Noelle zustimmen würde und als Antwort ein glattes „Nein“ erhielt? Ist der „D. K. Kundschau“ weiter bekannt, daß alle Stimmen der Weimarer Koalition notwendig waren, also auch die der Sozialdemokraten, um das Gesetz zur Annahme zu bringen? Ist der „D. K. Kundschau“ ferner bekannt, daß die Deutschnationalen und auch ein großer Teil des Zentrums gegen die Noelle gestimmt haben würden, falls der deutschnationale Antrag angenommen wäre, und daß dadurch die Noelle der gemeinsamen Ablehnung von links und rechts verfiel? Wenn der „D. K. Kundschau“ das alles bekannt ist, warum schaut sie dann wie hypnotisiert nach dem imaginären Vorteil, den die Besteuerung der Rückvergütungen dem gewerblichen Mittelstand bringen soll, während doch die Realität der Steuererhöhung durch ein derartiges Verhalten in Gefahr gebracht wurde? Danach ist es ein hartes Stück, wenn die „D. K. Kundschau“ ferner schreibt: „Und wenn etwa der Abgeordnete Houry dies dennoch für sich in Anspruch nimmt — nämlich als Mittelstandsvertreter im Parlament angesprochen zu

... dann sollten ihm seine eigenen Bemühs- und desprende in Besam eines anderen Belehren.“
Daf den Vorkamer Handwerker und Mittelständler
wirklicher Vorteil flücht ist als eingebildeter,
er bewiesen in der Kollektivsammlung des Zinnungs-
hufes, die am 10. März stattfand, und zu der ich ge-
wart, um meine Mitarbeit an der Gewerbesteuer
wegen.
Es wäre leichter, mehr Mittelstandspolitit zu trei-
nen, man nicht vor den Absichten vieler Hand-
werker und Mittelständler ihre eigenen Standes-
hörigen in Schutz nehmen müßte und politische Ein-
sicht so schwer an gewisse Kreise heranführe.

Er Mieterhöhung am 1. April.

von Dr. Bohner, Oberstudiendirektor,
Mitglied des Preussischen Landtags.

Das Reich hat den Ländern vorgeschrieben, am 1. April die Miete um 10 Prozent auf 110 Prozent der
den Miete zu erhöhen; am 1. Oktober wird eine wei-
tere Erhöhung auf 120 Prozent erfolgen. Die Verteilung
der Mehreinnahmen ist den einzelnen Ländern freige-
lassen. In Preußen waren nun bei den Demokraten starke
Anfragen vorhanden, die auf 1. April kommenden 10
Prozent zu erhöhen, der Mieter zu teilen, und er
zu tun, daß dem Vermieter das ganze 10 Pro-
zent zufiele, der Staat nichts davon bekam; der Ver-
mieter hatte aber dafür künftig auch die über 100 Prozent
ausgehenden städtischen Zuschläge zur Grundver-
einerung allein zahlen sollen, während er sie heute
den Mieter abwälzen darf. Da diese etwa 4 bis 5
Prozent der Friedensmiete ausmachen, wären bei dieser
Erhöhung, für die wohl auch der preussische Finanzminister
er gewonnen werden können, die 10 Prozent restlos
ihnen Vermieter und Mieter geteilt worden, und trotz
allgemeiner Steigerung der Reichsmiete um 10 Pro-
zent wäre der preussische Mieter nur um 5 Prozent ge-
steigert worden. Daß von den 10 Prozent neuer Erhöhung
1. Oktober der Hauptteil dem Vermieter gebührt, ist für
manch fraglich; denn er hat ab 1. Januar für die Auf-
tragshypothek 2 Prozent Zinsen mehr zu zahlen;
ferner bedingt die allgemeine Mieterhöhung auch eine
gewisse Steigerung der Löhne und Gehälter, also auch
einer Betriebskosten der Häuser, die man nicht einfach dem
auswirft aufbürden kann.

Die demokratischen Wünsche kreuzen sich mit dem ein-
dringlichen Wunsch des Wohlfahrtsministers, für Bauwecke
höhere Mittel zur Verfügung zu haben. Und zwar erhöht
den Wohlfahrtsministerium auf 10 Prozent von den neuen
10 Prozent Anspruch, wobei wohl daran gedacht ist, daß
10 Prozent am 1. April für die öffentliche Hand genommen
werden, 2 dem Vermieter bleiben, während am 1. Oktober
nachgehend verfahren wird. Der Mieter muß allerdings
bei den beiden Erhöhungen voll tragen. Es ist anzuneh-
men, daß angesichts der Kassenknappheit bei der Wohnbau-
n der Wunsch des Wohlfahrtsministers liegt, obgleich
an bei der zu großen Vereinigung öffentlicher Mittel
von dem Bauminister sich fragen muß, ob man damit nicht
die allgemeine Erhöhung der Baupreise herbeiführt; man
kann sich die Entwidlung der Holzpreise anzusehen.
Die hohe Aufstellung eines Bauprogramms in der ein-
zelnen Gemeinde pflegt ja ohne weiteres die Baumark-
te an betreffenden Ort um 20 Prozent zu steigern.
Denn aber die neue Mieterhöhung so zugleich auch eine
Steigerung der Hauszinssteuer enthält, so muß man mit
Nachdruck auf einmündige Fehler der Hauszinssteuer
hinweisen. Sie pflegt heute bei der Steuerhöhe als eine
inflationsgünstigste und als eine Wertverhaltens-
steuer bargelegt zu werden. Man kann zeigen, daß der
ausserordentliche Entlastung durch die Inflation erfahren
at, an deren Gewinn sich der Staat mit Recht beteiligt,
und man kann dabei auch die Hauszinssteuer als Wertver-
haltenssteuer verwerfen; denn die Erfahrung der letzten
Jahre seit der Inflation zeigt, daß eben nicht nur der
huldenfreie Hausbesitz seinen Wert sich erhalten hat, son-
dern auch große Teile der Landwirtschaft, des Ackerbes-
itzes und, wenn es auch oft verschwiegen wird, sehr viele
Besitzer von Warenlagern. Dann ist es nicht gerecht, den
Hausbesitzer allein zu einer Wertverhaltenssteuer heranzu-
ziehen. Es wäre nach demokratischer Meinung nur zu
gerecht, wenn man von der Erhöhung der Hauszinssteuer
den schuldenfreien Hausbesitz ganz ausschloß und den be-
lasteten geteilt die Erhöhung tragen ließe nach der Star-
ke der Belastung. Wie weit sich dieser Gedanke durch-
setzen, können erst die Verhandlungen ergeben. Für eines
aber muß mit Nachdruck gesagt werden: wer im eigenen
Hause wohnt, ab es ein Ein- oder ein Mehrfamilienhaus
ist, hat bei einer Erhöhung der Miete von seiner eigenen

Wohnung keine Mehreinnahme. Wenn er trotzdem mehr
Hauszinssteuer aufbringen sollte, werden vor allem viele
Arbeiter und große Schichten des Mittelstandes, alle
Hausbesitzer im eigenen Haus mit eigener Werkstatt, vor
große Sorgen gestellt. Es ist damit zu rechnen, daß im Ge-
setz ein Weg eröffnet wird, wodurch der eigene Räume zu
Wohn- oder gewerblichen Zwecken Benutzende von einer
Erhöhung der Hauszinssteuer für diese Räume ausgeschlo-
sen wird, eine neue Belastung des reinen Eigentums we-
nigstens einen großen Teil erparnt bleibt.

Jede Mieterhöhung pflegt den Streit zwischen Mie-
ter und Hausbesitz neu zu beleben. Man sollte aber
auch im Hausbesitz zu der Erkenntnis durchdringen, daß erst
der Mieter das Vermieten einer Wohnung möglich macht,
und daß der Mieter mit seiner Wohnung auf das Innigste
verwöhnt, in normaler Zeit auch Aufwendungen für sie
macht und, daß er ein Recht hat, nur dann gekündigt zu
werden, wenn er dem Hauswirt wirklichen Anlaß gibt,
daß aber der Mieter kein Fremdling für den Hausbesitz ist.
Man wird die neuen Auflassungen des Mietrechtes in der
heutigen Zeit nicht auf den Stand der Vorkriegszeit zu-
rückführen können.

Aus Parlamenten und Parteien

Die Beamten der Reichspost.

Bei der Beratung des Posthaushalts im Reichstag
führte der Abgeordnete Schulz (Steglich, Dem.) zu
den Personalverhältnissen aus, daß die größten Klagen
des Personals eine eingehende Nachprüfung notwendig
machen. Bei der Personalüberprüfung beruht die Ten-
denz vor, schwierigeren Arbeiten in zunehmendem Maße auf
geringer bezahltes Personal abzuwälzen. Aus der Vorkriegs-
zeit der Mithilfe, wozu für gute Arbeit auch ein ge-
rechter Lohn gezahlt werden mußte. Aus der Vorkriegs-
zeit ergab sich die Notwendigkeit der Höherstellung
und Beförderung. Schulz hat, die 2400 Postboten und
Umschreibern aus der Gruppe 2 herauszunehmen, da ihre
Bezahlung völlig unzulänglich sei. In einzelnen Beispie-
len wies er nach, wie ungleich das Zahlenverhältnis der
untern Gruppen zur nächsthöheren Gruppe sei. 45 000
der Gruppe 7 ständen nur 11 000 Stellen der
Gruppe 8 gegenüber; ein unzulängliches Verhältnis, das den
Beamten jede Aufsteigermöglichkeit raube. Der Redner
wünschte einen Altersnachweis über die in Spitzenstellungen
befindlichen Beamten. Besonders nachdrücklich nahm sich
der Redner der weiblichen Beamten an und forderte für
sie nicht nur Heranziehung aus der Gruppe 4, sondern
auch bessere Aufsteigermöglichkeiten nach Gruppe 7. Die
Schaffung einer Hinterbleibensfürsorge auch für die
weiblichen Beamten liege als sozialer Gerechtigkeit notwen-
dig. Die Zahl der höheren Beamten sei fraglos zu groß.
Der Abgeordnete Schmidt-Stettin (Deutschnationaler) habe
900 höhere Beamte als zu viel bezeichnet. Der Redner
wünschte die große Besorgung des juristischen
Elementes und der Akademiker für die leitenden Stellen.
Den Praktikern des eigentlichen Betriebes wies er
ein größeres Tätigkeitsfeld auch für die leitenden Stel-
len eingeräumt werden. Die Postüberwachungsstellen ge-
hen zu rigoros vor; das berechtigte Eingreifen der Be-
amten werde nicht genügend geschätzt. Man solle den
Amtsvorstehern wieder die Überwachung übertragen. Die
Beamtenfortbildung möge der Minister weitestgehend un-
terstützen und den strebenden Beamten nicht durch Verwei-
gung von Fahrkosten und Befehlen den Willen zur
Mehreistung nehmen. Dem Wunsch des Redner der
Wirtschaftlichen Vereinigung, der Minister möge den
Wirtschaftsvereinigungen der Beamten entgegenzutreten, hat
der Redner, nicht zu entsprechen. Der Beamte habe das
Recht auf freie wirtschaftliche Betätigung, wie jeder andere
Staatsbürger auch. Er werde auf besondere wirtschaftliche
Einrichtungen verzichten, wenn sein Einkommen ihn in
den Stand setze, im freien Handel zu kaufen. Die Wirt-
schaftsvertreter dienen sich und ihrem Stande, wenn sie
für ihr baldige Beförderungsaussichten eintreten würden.

Wältiger Zerfall und sein Ende.

Die Parteien verlassen das sintende Schiff.
Der Weim, mit dem Völkische und Nationalsozialisten
bisher trotz allem Widerstreit noch immer zusammengehal-
ten werden konnten, ist endgültig aufgebrochen. Die par-
lamentarischen Organisationen dieser Volkspolitiker sind
vollkommen in der Auflösung begriffen. Sie sind nur noch
ein Leich. Im Reichstag haben sie die Fraktionsstärke
eingebüßt, damit haben sie zugleich den Anspruch auf eine
Mitarbeit in den Ausschüssen und somit auch jede Aus-
sicht auf eine geschehensmäßige Mitwirkung verloren. In
Preussischen Landtag vollzieht sich derselbe Prozeß; die
Abgeordneten Kräfte und Stof haben, wie jetzt bekannt
wird, an ihrer bisherige Fraktion ein Schreiben gerichtet,
mit dem sie im Hinblick auf den die Bewegung vollkom-

men gesehenden Führertritt, der jede praktische Arbeit
unmöglich mache, den Austritt aus der Partei und Frak-
tion der Deutschnationalen vorschlägen. Nachdrücklich
werden sie sich den Deutschnationalen anschließen. So sieht
es in den Kreisen aus, die dem deutschen Volke die Ret-
tung von dem Ungeheer der Zwietracht verhandelt haben.
Ein politisches Komödiantentum sieht seinem Ende ent-
gegen.

Soziales

Gewerkschaftsführungstagung des Gewerkschaftsrings!

In Verbindung mit der Reichszentrale für Heimat-
dienst, Landesabteilung Mitteldeutschland, veranstaltet
der Provinzialverband Sachsen-Anhalt im Gewerkschafts-
ring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenver-
bände am Sonntag, den 27. März 1927 eine Gewerkschafts-
führerzusammenkunft, die von Delegierten aller Ortsgrup-
pen Mitteldeutschlands sehr gut besucht war. Herr Dr.
Schwanedau sprach über das Thema: „Weltwirtschaft und
Weltproduktion.“ Redner entwarf die in 1 1/2stündigen Ausfüh-
rungen ein klares Bild von der nach dem Kriege bestehen-
den Abhängigkeit der europäischen Länder von den überseei-
schen Weltmächten. Allein Deutschland muß etwa 30 Pro-
zent seiner Produktion auf den Weltmarkt werfen, um die
bestehenden Rohstoffe zu erhalten. Die Vereinigten Staaten
von Amerika haben nur einen Rohstoffmarkt von etwa 4-5
Prozent, sind also fast unabhängig von den übrigen Welt-
mächten. Redner streifte noch das Arbeitslosenproblem in
diesem Zusammenhang und kam zu dem Ergebnis, daß die
Arbeitslosigkeit in den europäischen Staaten bereits atomi-
sche Natur sei. Die Verdrängung der deutschen Unterneh-
mer durch die Konkurrenz der Weltmächte, durch Senkung
des Reallohnes die Erwerbslosigkeit zu beheben, sind als
sinnlos zu bezeichnen. Kein europäischer Staat kann sich
allein helfen. Nur ein wirtschaftlicher Zusammenhalt
wird Rettung bringen. Der große welturopäische Stahl-
trust und ähnliche weisen bereits den Weg zu dem zukünf-
tigen Pan-Europa. — Als gewerkschaftlicher Redner war
Herr Dr. rer. pol. Ludwig Hende, ordentl. Professor an der
Universität Kiel, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Vor-
sitzendes des Untereuropäischen in Enquete-Ausschusses, der über
Internationale Sozialpolitik sprach. Nach eingehender Er-
örterung der historischen Entwicklung der Sozialpolitik er-
klärte Redner die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Ver-
ständigung der Großstaaten, um die sozialpolitischen Fort-
schritte international zu machen. Ausführlich wurde das
Arbeitszeitabkommen von Washington behandelt, das von
den großen Industriestaaten noch nicht ratifiziert ist. Durch
die Haltung dieser Staaten ließe das wertvolle Interna-
tionale Arbeitsamt in Genf, dessen Leiter Thomas von
Klarer Friedenswillen besetzt ist, sehr in Frage. Prof.
Hende gab noch ein ausführliches Bild von dem großen
Aufgabengebiet des Internationalen Arbeitsamtes, das
handelt nach die Erparnisfrage und die bisherige
ungünstige deutsche Beteiligung, die trotz guter Sachver-
ständigenarbeit mangels Vollmacht nicht zum Handeln
kam. Redner befaßte sich mit dem Redner für ihre
hochinteressanten und wertvollen Vorträge. —
Am Vorabend dieser Tagung hat sich der Gesamtvor-
stand des Provinzialverbandes Sachsen-Anhalt im Ge-
werkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Be-
amtenverbände eingehend mit dem Arbeitszeitgesetz und
der Abgrenzung der Arbeitsgerichtsbezirke beschäftigt. —

Neue Bücher

Bücher zu ermäßigten Preisen. Der Verlag Herder in
Freiburg i. Br. weiß keine Bücher in der Gattung der Väter
zu veranlassen. Von 777 seiner Bücher stellt er die vorhan-
denen Borräte Freunden seines Schrifttums ein volles Jahr
lang — bis Ende 1927 — zu ermäßigten Preisen zur Ver-
fügung, so daß selbst sehr „Indebentitelte“ ohne Schaden
recht beachtliche Erweiterungen ihrer Bibliothek ins Auge
fassen können. Da gibt es Bücher aller Art. Ihre Titel
füllen drei Spezialverzeichnis, die durch jede Buchhandlung
oder durch den Verlag selbst kostenlos zu haben sind. Das
erste Verzeichnis enthält: Theologie (Allgemeines, Hei-
denamtliche, Bibeldidaktik, Historische Theologie,
Systematische Theologie, Praktische Theologie, Katechetik,
Homiletik und Liturgik, Missionswesen) und Philologie; das
zweite Verzeichnis, Jahrbücher, Literaturgeschichte, Schöne
Literatur, Volkswissenschaften, Länder- und Völkerkunde, Natur-
wissenschaft, Erziehung und Unterricht, Geschichte, Rechts-
wissenschaft und Sozialwissenschaft, Lebensbeschreibungen, Erin-
nerungen, Briefwechsel, Kunst und Archäologie, Naturwissen-
schaft, Weltanschauung; das dritte Verzeichnis Literatur
(Anleitungen, Betrachtungen und Erbauungsbücher, Christ-
religiöse Schriften, Gebet- und Betrachtungsbücher).

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Kudwig Händl, Wladenburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Wipert (Alfa. Sta.), Delitzsch.

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Inschließend
Tanzkränzchen.
Demokraten!
Beteiligt Euch an dem
Stammklub
jeden Dienstag ab 8 Uhr im
Hotel Weißer Bär.

W. Trint
Inhaber des allbekannten Restaurants
Goldene Tasse
Hartstraße 6 Telefon 4711
Warme und kalte Küche
zu jeder Tageszeit
Festsaal
**Rheuma, Infleas, Gelenks-
schmerzen, Gicht, Migräne,
Nervenschmerzen, Neuralgie,
Kopfschmerzen, etc.**
Einfache Mittel mit und zahlreicher
Erfahrungen in kurzer Zeit
gehoben wurde.
Über 2500 Dankbriefe!
Krankenschwester Margret Heber
Frankfurt-Meiberrad H 150.

Gesellschafts-Anzüge nach
Blaue Club- „ Maß
Straßen- „ 82.-
Sport- „ 82.-
Patelets, Mäntel „ 82.-
aus vorzüglichsten Stoffen in bester
Verarbeitung; Spez.-Maßgesch.
Mannheimer
Breitweg 120, I — Neben Hirsch-Apotheke.

Hohenzollern-Park.
Jeden Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag ab 8 1/2 Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.

Möbel
Sessel, Sopha,
Schlafzimmer
eiche u. lackiert
Küchen- und
einzelne
Stühle
nach Schränke
u. Behälter
Gottfr. Heinrich
Zischlermeister
Schneekestr. 9.

Frühjahrs-Neuheiten

„Esders-Kleidung anerkannt gut, haltbar, preiswert und elegant“

Allbekannte Riesen - Auswahl!

Für Herren:

Sakko-Anzüge Mk.	27.-	39.-	45.-	52.-
	70.-	80.-	98.-	112.-
Sommer-Paletot	Mk. 45.-	51.-	58.-	66.-
Sommer-Sport-Paletot	Mk. 75.-	85.-	95.-	115.-
Raglan-Ulster	Mk. 36.-	45.-	56.-	65.-
Gabardine und Shteland	Mk. 75.-	86.-	92.-	110.-
Sport-Anzüge	Mk. 25.-	36.-	45.-	57.-
zum Teil mit 2 Hosen	Mk. 70.-	87.-	98.-	119.-
Loden- und Gummi-Mäntel	Mk. 16.-	20.-	24.-	29.-
	36.-	40.-	44.-	

Herren-Artikel

Oberhemden	Perkal u. Zeph. mod. Dessins	6.50	9.75	11.50
in Tricoline		Mk. 7.75	9.-	12.75
Sporthemden	farbig u. weiß	Mk. 5.-	6.50	7.50
Selbstbinder	schöne mod. Muster	0.95	1.50	2.50
Wollfilz-Hüte		Mk. 5.-	6.	7.50
Haarfilz-Hüte		Mk. 9.75	12.-	15.-
Pullover	in sparten Mustern			
für Herren		Mk. 9.50	12.50	18.50
für Knaben		Mk. 5.-	7.-	9.-
Beinkleider	gestreift	4.90	6.50	8.-
Sportshosen, Breeches		Mk. 2.90	6.50	10.-
Knicker-Bocker		10.-	12.-	15.-
Tennishosen		Mk. 6.70	8.-	12.-

Für Knaben und Jünglinge:

Burschen-Anzüge	Mk. 24.-	35.-	42.-	52.-
Knab.-Sportanzüge	Mk. 10 ⁵⁰	15.-	21.-	30.-
Kieler Anzüge	Mk. 9.-	16.-	22.-	28.-
Kinder-Anzüge	Mk. 6.-	9.-	12.-	15.-
Knaben-Mäntel	Mk. 7 ⁵⁰	10.-	15.-	20.-
Bozener und Gummi-Mäntel	Mk. 11.-	18.-	25.-	33.-
Sportshosen Breeches	Mk. 5.-	8.-	12.-	15.-
Windjacken	Mk. 6.-	8 ⁵⁰	12.-	16.-

Frühjahrs-Modenschau verbunden mit Matinee

Mitwirkende:
Kapelle Stefan v. Placsko, Hans Schulze-Mertens, Heldenbariton
Eintritt freilich

Zum freundlichen Besuch laden wir höflichst ein.

H. Esders & Co.

Erstes und größtes Herrenkleidungshaus am Platze
Magdeburg Breiter-Weg 25/27

Fußbodenholzmatten
Jalousien, Rolläden,
Reparaturen, Reparaturmaterial.
Jalousiefabrik Schmidt,
gegründet 1871.
Magdeburg, Heiligegeiststr. 24, Tel. 922.

KAVAUMA

KRANKENKASSE DES
KAUFMÄNNISCHEN
VEREINS | GEGR. 1899

DIE BESTE
VERSICHERUNG
GEGEN
KRANKHEIT

Das
führende Spezialhaus
für Webereiwaren!



Unsere Preise sind billig!
Siegfried Cohn
Webereiwaren * Breitweg 57/60

Wenn nicht inseriert — viel Geld verliert!

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“

Bes. Ad. Thurnagel.

Feinste frische
Oldenburger Tafelbutter

in Postpaketen zu den billigsten Tagespreisen direkt an
Molkerei Altjührden in Oldenburg.

Kriegsbeschädigte!

Eure wirtschaftliche Interessenerhaltung ist einzig und allein
der auf republikanischen Werten beruhende
**Reichsbund der Kriegsbeschädigten
und Kriegerhinterbliebenen.**

Ausreichende Versorgung und Fürsorge ist sein Ziel,
seine Parole: **Nicht Dank, sondern Recht!** Deshalb
Sie ein in den Reichsbund!

Anmeldungen nehmen entgegen:
Gaugeschäftsstelle Magdeburg, Alte Ulrichstraße 18,
Bezirksgeschäftsstelle Halle, Organdstraße 10 III.

Werbt
neue
Abonnenten!

Alb. Willy Schüler

Kunst- und Bauschlosserei
Wallstraße 12. Magdeburg Fernruf 2354

fertigt alle Schlosserarbeiten an.
Spez.: Markisen, Scherengitter pp.

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 14

(Halle S.), den 2. April 1927

3. Jahrgang

Preussische Beamtenpolitik.

Sogleich nach dem Zutritt der neu gewählten Reichstagsfraktionen brachten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Kommunisten eine Anzahl von Anträgen zur Beamtensoldatung ein. Sie zielten damit, wie gut sie es mit den Beamten meinten. Spätestens konnte die Nachprüfung über dieses Wohlwollen berichten. Dann aber wurde es merkwürdig ruhig in dieser Frage. Die antragstellenden Parteien drängten gar nicht darauf, daß die Anträge auf die Tagesordnung kamen und als das eines guten Tages doch geschah und die Anträge lang und langsam dem Ausschuss für Beamtenfragen überwiesen wurden, brachte man sie hier im Herbst 1925 auf die Tagesordnung. Am 22. Oktober 1925 erfaßte der deutschnationale Abgeordnete Oberschlag einen mit vielem Fleiß ausgearbeiteten Bericht mit wenigstens positiven Vorschlägen. Er wollte das ganze Beamtensystem neu aufbauen, zu diesem Zweck die Beamtenschaft in elf Kreise wie: leitende Beamte, richterliche Beamte, Schulbeamte, Betriebs- und technische Beamte usw. einteilen, die dann wieder in verschiedene Beamtengruppen unterteilt werden sollten. Darüber hinaus sollten die Polizeibeamten eine besondere Beamtensoldatung erhalten. Ganz einfach wäre ein solches System gewiß nicht, und man kann nicht sagen, daß es im Ausschuss Anklang gefunden hat. Nach einer Berberatung fand man es für klug, die Beratung weiter zu vertagen.

Inzwischen kamen andere Anträge hinzu, und so ging man nach weiterer Konferenz am 3. Dezember 1926 erneut an die Beratung heran, und nun machte man Ernst. Die Sozialdemokraten kamen mit einem Antrag, den laufenden Zuschlag für die Gruppen 1 bis 9 und allgemeinen den Wohnungsgeldzuschlag zu erhöhen; allerdings machten sie das davon abhängig, daß das Reich den Ländern die Mittel überweisen sollte. Damit war natürlich der ganze Antrag illusorisch, und er sollte ja wohl auch nur agitatorische Wirkung haben. Diese war um so größer, als die Sozialdemokraten erklärten, der preussische Ministerpräsident Braun sei mit dem Antrag, der ihm vorgelegen habe, einverstanden. Dann mußte er natürlich auch bereit sein, ernste Schritte beim Reich zu unternehmen, und um das zu erreichen, beantragten die deutschnationalen Abgeordneten Barteld (Hannover) und Hermann (Breslau) folgenden Zusatz hinzuzufügen: Das Staatsministerium wird ersucht, im Reichsrat entsprechende Anträge zu stellen und das Ergebnis der Maßnahmen dem Landtag mitzuteilen.

Inzwischen hatten Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei die Erhöhung des Zuschlags auch für die Gruppen 10 bis 13 und eine Erhöhung des Frauengeldzuschlags um 100 Prozent und der Kinderzuschläge um 50 Prozent beantragt. Die Deutschnationalen beantragten weiter, in dem sozialdemokratischen Antrag die Worte zu freisetzen: „unter der Voraussetzung, daß das Reich den Ländern die Mittel überweist“. Jetzt hatten also einmal die Sozialdemokraten den Gehirnschmerz an der Sache verloren. Nachdem der deutschnationale Streichungsantrag angenommen war, stimmten sie auch gegen den eigenen Antrag. Dieser wurde trotzdem mit dem Zusatzantrag der Reichstagsmitglieder auf Grund der Verfassung die Regelung der Deutungsfrage durch den Hauptauschuss. Hierbei hätten nun die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, die doch die Anträge gestellt hatten, ihre nahe Beamtenfreundlichkeit durch entsprechende Vorschläge für die Deutung beweisen können. Doch davon hörte man nichts. Un erwartet beantragte der Abgeordnete Oberschlag während der Tagung des Hauptauschusses in der stimmungsfreien Zeit des Plenums eine so schnelle Behandlung des Antrags, daß nicht alle Fraktionen ihre Sachbearbeiter mehr heranziehen konnten. Das war ja auch wohl der Zweck der Werbung. Und was erlebte man jetzt? Von der Deutungsfrage schweigen man. Vorschläge wurden nicht gemacht. Die Sozialdemokraten aber fanden den Ausweg, indem sie vorschlugen, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

Das Staatsministerium wird ersucht, mit dem Reich in Verhandlungen über eine Neuordnung der Beamtensoldatung einzutreten und diese so zu beschleunigen, daß mit der Verabschiedung des endgültigen Finanzausgleichs auch die Revision der Beamtensoldatung abgeschlossen ist.

Das also war das Ergebnis der großen Aktion. Die Sozialdemokraten, die sofortige Erhöhung des Zuschlags wollten, verfielen die Sache auf den endgültigen Finanzausgleich, von dem noch niemand weiß, wann er kommt. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, die keine Deutungsentscheidungen machten, im Hauptauschuss und am 25. Februar im Landtag ohne Aussprache angenommen. Gleichzeitig wurden alle die vielen anderen Anträge, auch die von 1925, als erledigt erklärt, obwohl gar keine Rede davon sein kann, daß die umfangreichen Forderungen wirklich erledigt sind. Wohl meint man, daß die Beamtensoldatung des Deutschen Reiches, „Der Beamtensoldatung“, dieses Ergebnis als „miederbetimmend“. Doch die Anträge hatten ja ihre agitatorische Wirkung getan, und jetzt rüft man sich zu neuen Taten. Anträge, die auf diese Weise begraben sind, führen als alte Bekannte bei den Hausparlamentsberatungen wieder. Und nun kann das Spiel von neuem beginnen!

Wenn die demokratische Fraktion unter den so häufig getragenen Anträgen keinen einzigen hat, und wenn sie davon absieht, lediglich auf Agitation abgestellte Anträge einzubringen, so dient sie damit den wirklichen Interessen der Beamten weit mehr. Was den Beamten nützt, sind nicht programmatische Forderungen in Anträgen gefordert, die nicht durchgeführt und meist nicht einmal angenommen werden, sondern ernste und sachliche Arbeiten.

Auf zum Parteitag in Magdeburg!

Die Deutsche Demokratische Partei kann mit Stolz auf das von ihren Führern in der Reichs- und Staatsregierung und in den Parlamenten Gelerbte zurückblicken und mit Beugung feststellen, daß nicht nur ganze Berufsorganisationen, sondern auch große politische Parteien, die jahrelang von republikanischen Ministern wie Wirth und Rathenau eingeleitet und durch Stresemann fortgeführten Politik ablehnend und feindselig gegenüberstanden, sich heute zu den Zielen und Methoden dieser demokratischen Politik bekennen.

Es wäre indes ein gefährlicher Irrtum, anzunehmen, die D. D. P. habe nun ihre Aufgabe erfüllt und sei deshalb endgültig. Mehr als je droht der zwar äußerlich gestifteten demokratischen Republik jetzt die innere Aushöhling. Die D. D. P. ist in erster Linie dazu berufen und verpflichtet, die Absicht der Reaktionskräfte zu verhindern und darüber zu wachen, daß die freiheitlichen, sozialen und kulturellen Errungenschaften des deutschen Volkes nicht wieder vernichtet, sondern vielmehr ausgebaut und gefördert werden.

Mit neuem Mut und frischer Kraft muß jetzt an den Ausbau und die Erklarung der Organisation im Wahlkreis herangegangen werden, um für die spätestens im nächsten Frühjahr beginnenden Wahlkämpfe gefestigt zu sein. Dazu sollen die Beratungen in Magdeburg den Auftakt bilden und die Wege zeigen.

Allen Parteifreunden ein herzlich willkommen!

Gesellschaftlicher Bohnott.

Chrbegriffe im Volksstaat.

Ueber die Wirren des Umfuzzes hinweg scheint sich der Chrbegriff bei uns garniert oder nur sehr wenig gewandelt zu haben. Schon der Versuch, ein generelles Duellverbot mit allen Konsequenzen, wie es im Volksstaat selbstverständlich sein müßte, durchzuführen, ist gescheitert. Gewandelt haben sich die Dinge nur in ihrer Nuancierung. Nicht immer zum Besseren, teilweise nicht zum Schlechteren. Die Ehre des politisch Andersdenkenden ist seit langem ein Freiwillig für die Intrantigkeit jener Kreise, die nun einmal traditionsgemäß die waterländische Geltung für ihre Staatsbegriffe in Anspruch nehmen.

Demokratie und Republik ist für jene Kreise noch immer das Wachstum der Volkserörterten, ist der Staat für die Menschen, zweiter Klasse. Wenn man heute vielleicht bis zu einem gewissen Grade davon sprechen kann, daß die Entwicklung der Dinge es mit sich gebracht hat, daß die Republik und die Demokratie salonfähig geworden sind, so trifft das eben nur in beschränktem Umfange zu. Es gilt höchstens für die Republik und Demokratie, wie sie jene Kreise verstanden wissen wollen. Eine Feudalrepublik mit allen Korrekturen für die wirtschaftlich Starren mag ihnen genügen sein. Der Volksstaat in seiner eigentlichen Bedeutung ist es nicht.

Aber die Entwicklung hat nun dahin gedrängt, daß zum Teil bis in die Kreise der adligen oder wirtschaftlichen Feudalherren hinein, vor allem aber bis hinein in die Kreise des besten Bürgertums, zunächst ein Verständnis, schließlich demüthige Bejahung des neuen Staates von Welt war um sich gegriffen hat. Es sind vielleicht nicht die schlechtesten Kreise jener gesellschaftlichen Schichten, die nach innerem Kampf christlichen Ringens um die Eingliederung in das Volksganze zu christlichen Dienern an der Idee des Volksstaates geworden sind. Aber Opfer hat ein solcher Kampf stets gefordert. Vielleicht weniger materieller Art, wenn auch das nicht ausgeschlossen ist, in fast allen Fällen aber Opfer menschlicher Art, unter denen mancher schwerer gelitten hat.

Wer es gewagt hat, sich offen in diesen Kreisen gegen die unmotivierte Beschimpfung und Herabwürdigung der Republik und ihrer Schöpfer zu wenden, wer es gewagt hat, in diesen Kreisen die Verantwortung für die Staatsbeschädigung wahrzunehmen, den hat man sehr bald fühlen lassen, daß er sich damit außerhalb der Schichten stellt, in die er nach Herkunft und Erziehung gesellschaftlich nun einmal hineingehört. Wer es erlebt hat, daß man in den Kreisen der adelmännischen Verbände, denen man etwa angehört, mitten im harmlosen, fröhlichen Besamensein von ihm abtrübt, und zwar nicht nur bildlich, der weiß, was es bedeutet, plötzlich in menschlich lieb gewordenen Kreisen einjam zu sein. Und wer als alter Offizier von

den kameradschaftlichen Vereinen zunächst gemieden worden ist, bis man ihm nahegelegt, doch selbst wegzubleiben, der weiß um die bitteren Stunden ungewollten Absehens. Man hat oft den Eindruck, daß solche Opfer nicht immer von denen verstanden worden sind, für die sie gebracht wurden.

Wollte man die Geschichte der gesellschaftlichen Stellung einmal schreiben, sie reicht weit zurück, dann würde man darin Namen finden, die wohl manchem jener Vereinigungen reichsgeschichtlicher Großgrundbesitzer, ehemaliger Offiziere und Akademiker in Entfallen wären, die heute fröhlich — hurra, hurra — einen Mann abtun, der nichts weiter ist, als seine Pflicht. In der „Frankfurter Zeitung“ hat ein hoher Beamter nicht mit Unrecht auf das Schicksal hingewiesen, daß beispielsweise Bismarck und Bismarck schließlich Bestimmungsgang nach ihrer Verabschiedung gehabt haben. Für die „Freiheitsbewegung“ ist es nicht erst seit der Republik zur Tradition geworden, daß man dem scheidenden Staatsmann, dem man vielleicht bis dahin zugehört hat, den Gehetrit gibt. Gehetrit-Trübsinn wartet in dem Vorwort zur 5. Auflage seiner Erinnerungen keine gesellschaftlichen Freunde vor dem gesellschaftlichen Bonfott, denn er als die unerschütterliche Basis bezeichnet. Und er hat recht, wenn er la erschütternd betont, daß nicht jeder die Kraft hat, einjam zu leben und einjam zu sterben.

Die Methode des gesellschaftlichen Bonfotts hat wie nichts anderes die Begriffe von Ehr und Anstand in Verwirrung gebracht. Soweit in Verwirrung, daß heute der Verfassungsmißer der Republik, dem man vorgeworfen hat, daß er sich dieser „unflüchtigen Waffe“ bedient hat, es nicht einmal notwendig hat, von solchen Methoden öffentlich abzurufen und gegen sie aufzutreten. Der Fall Trestow ist noch immer ungeklärt. Gleichwohl worum es sich dabei handelt, solange man nicht das Gegenteil beweisen kann, hat man im Volksstaate die sittliche Pflicht, auch ihm zuzubilligen, daß er aus ehrlicher Überzeugung und aus Sorge um das Vaterland, also aus patriotischen Motiven gehandelt hat. Auf Grund der Reichsverfassung hat jeder das Recht, seine Auffassung frei zum Ausdruck zu bringen, von niemandem darf er daran gehindert werden. Herr von Trestow ist von den ihm nachstehenden gesellschaftlichen Kreisen in Acht und Bann gelam worden. Herz von Keudell, heute zum Hüter der Reichsverfassung bestellt, hat sich an dieser verfassungswidrigen Handlung beteiligt. Das sind Vorgänge, die man gelinde oben als eine völlige Verirrung unserer Ehr- und Anstandsbegriffe bezeichnen muß.

Einflußreiche Kreise der Republik sind heute in den Händen der Reaktion. Das ist Schuld der Republikaner. Ihre Aufgabe wird es sein, darüber zu wachen, daß dieses Schuldkonto nicht noch weiter wächst. Gibt die Verfassung dem deutschen Staatsbürger das freie Recht, seine Staatsauffassung zur Geltung zu bringen, so gibt sie dem Beamten andererseits das Recht, darüber zu wachen, daß die Ehre der Republikaner und der Republik nicht beschädigt wird. Die Pflicht, diese Nachkamheit auch dann zu üben, doppelt zu üben, wenn die eigentlichen Wächter ihre Pflicht vernachlässigen sollten. Der Volksstaat kennt keine Klassifizierung der Staatsbürger und ihrer Ehre. Nicht Privilegien, sondern die Freiheit des Einzelnen und der Gesamtheit, sind Grundlage und Symbol für diesen Staat. Und wo sich Stimmen erheben, die davon wissen, daß es anders ist, ist es Ehrenpflicht der Republikaner, sich zum Kampf zu sammeln. Uns scheint, daß es höchste Zeit ist, zu diesem Kampf zu rufen.

Das deutsche Volk als Arbeitsvoll.

Die ersten Reichsergebnisse der gewerblichen Betriebszählung.

Von Seiten des Statistischen Reichsamtes werden nunmehr die ersten Reichsergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 mitgeteilt. Der Arbeitsvoll und die Arbeitkraft des deutschen Volkes drücken sich in folgenden Zahlen aus: Bei der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 wurden im Deutschen Reich, ohne Saargebiet, gezählt rund 3,5 Millionen gewerbliche Betriebe mit 18,4 Millionen beschäftigten Personen, mit 19,3 Millionen PS. installierter Kraftmaschinenleistung zum Antrieb von Arbeitsmaschinen, mit 37 Millionen PS-Leistung der verwendeten Fahrzeuge aller Art.

Die Bedeutung dieser Zahlen läßt sich erst durch einen Vergleich mit früheren Zählungen ermessen. Dabei ergaben sich jedoch gewisse Schwierigkeiten durch den Zeitpunkt der Zählung, da die Stabilisierungstrieb erst nach der Zählung erfolgt ist. Schließlich muß auch berücksichtigt werden, daß eine ganze Reihe von Strukturveränderungen von 1907, dem Jahre der letzten Zählung, bis zum Jahre 1925 erfolgt sind.

Bei Auscheidung derjenigen Gewerbebranche aus der Zählung von 1925, welche 1907 nicht in die Gewerbebetriebezahlungen einbezogen worden waren, betrug die Gesamtzahl der Gewerbebetriebe 1907 im jetzigen Reichsgebiet 2 983 000, 1925 im jetzigen Reichsgebiet ohne Saargebiet 3 412 000. Es ist also eine Zunahme um 420 000 gleich 14,4 v. H. zu verzeichnen. In diesen Betrieben waren 1907 13 275 000 Personen beschäftigt. Nach der Zählung von 1925 17 053 000, das ist eine Zunahme um 3 778 000 oder 28,5 v. H. Die Zahl der weiblichen in den Gewerbebetrieben tätigen Personen betrug 1907 3 282 000, 1925 4 565 000; es ist eine Zunahme um 1 283 000 gleich 39,1 v. H. zu verzeichnen.

Während die Gesamtbevölkerung in dem jetzigen Reichsgebiet von 1907 bis 1925 sich um 13,5 v. H., die Zahl der im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerung sich um 26,4 v. H. erhöht hat, ist die Gesamtzahl der gewerblich tätigen Personen im gleichen Zeitraum und auf dem gleichen Gebiete um 28,5 v. H., also rascher als die Gesamtbevölkerung und die erwerbsfähige Bevölkerung gewachsen. Der **Industriallisierungsprozeß Deutschlands hat also weitere Fortschritte gemacht.** Von dem Gesamtzuwachs, den die Zahl der erwerbsfähigen Männer in den jetzigen Reichsgrenzen in der Zeit von 1907 bis 1925 erfahren hat und der auf etwa 3,7 Millionen beziffert werden kann, haben über 3 Millionen Männer in Industrie, Handel und Verkehr ihr Unterkommen gefunden. Die volkswirtschaftliche Kräfteverteilung hat sich damit zahlenmäßig noch mehr im Sinne einer Verstärkung des zahlenmäßigen Gewichts von Industrie, Handel und Verkehr verschoben.

Nach stärker als die Verwendung menschlicher Arbeitskraft ist die **Verwendung motorischer Arbeitskraft** im deutschen Gewerbe gestiegen. Die Zahl der Betriebe ist langsam gewachsen, als die Zahl der menschlichen und motorischen Arbeitskraft. Die Ausdehnung des Gewerbes hat weniger in Form von Neubildungen gewerblicher Betriebe als durch Vergrößerungen (teils auch durch Zusammenlegungen) der bestehenden Betriebe stattgefunden. Während die Zahl der Betriebe in Industrie und Handwerk sich noch nicht um 2 v. H. erhöht hat, ist sie in Handel und Verkehr um über 400 000 oder annähernd 40 v. H. gewachsen. Bei der starken Ausfüllung der Betriebszahl im Einzelhandel handelt es sich vornehmlich um kleine und kleinste Betriebe, wie sie in der Nachkriegszeit gerade im Handel reichlich entstanden sind. Die Zahlen der Betriebszahl von 1925 zeigen weiterhin eine Zunahme des aktiven Anteils der Frauen am Gewerbeleben. Der absoluten Zahl nach waren die weiblichen Frauen im Handelsgewerbe beschäftigt (1,14 Millionen), das von jeher, ähnlich wie die Landwirtschaft, der weiblichen Erwerbstätigkeit, vor allem auch der mithelfenden Tätigkeit von Familienangehörigen weiten Spielraum bot. Relativ am stärksten ist der Anteil der weiblichen Personen am Geste- und Schankwirtschaftsgewerbe (60,7 v. H. aller Beschäftigten); nächst dem in der Textilindustrie (57 v. H.) und im Bekleidungs-gewerbe (52,1 v. H.). In den übrigen Gewerbegruppen beträgt der Anteil der Frauen weniger als die Hälfte der gewerblich tätigen Personen.

Gegenüber 1907 hat sich im Jahr Antriebe von Arbeitsmaschinen verwendete **Kraftmaschinenleistung** stark erhöht. Im Durchschnitt der gesamten Industrie wurde 1925 gegenüber 1907 etwa das Dreifache an Kraftmaschinenleistung zum Antriebe von Arbeitsmaschinen verwendet. Besonders groß ist die Zunahme im Bergbau, wo sie auf das Dreieinhalbfache angewachsen ist, in der Eisen- und Metallgewinnung (auf das Vierfache), in der Maschinenindustrie (ebenfalls auf das Vierfache), in der Elektroindustrie (auf das Achtefache) und in der chemischen Industrie (auf das Dreieinhalbfache).

Rechtsregierung und Kleinrentner.

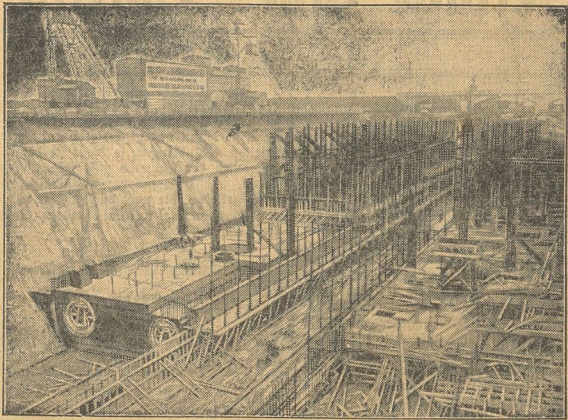
Leere Verprechungen.

Im 9. Ausschuh fand die Generaldebatte statt über die von der Regierungspartei vorgeschlagene Entschliehung zur **Kleinrentnerfürsorge.** Die Entschliehung verlangt, daß das Reich sich mit 25 Millionen RM. an der Kleinrentnerfürsorge „beteiligen“ soll. Die Bezirksfürsorgeverordnungen sollen für Zuständigkeits dieser „Beteiligung“ verschiedene Verpflichtungen übernehmen, die, wie der Vertreter der Rechtsregierung ausführte, „zur Erzielung von Fürsorgeverbänden“, denen das notwendige soziale Empfinden für die von ihnen betreuten Rentnerkreise fehlt, bestimmt sind. Auf die **demokratische Anfrage** über die Möglichkeiten, die das Reich habe, um die Durchführung dieser von den Fürsorgeverbänden übernommenen Verpflichtungen zu erzwingen, antwortete die Rechtsregierung leider ausweichend, da sie natürlich ein Mittel dafür nicht in der Hand hat. Es bleibt also trotz der guten Absicht der Rechtsregierung, den Kleinrentnern einen Zuschlag zu den völlig unzureichenden Reichsätzen zuzuwenden, dabei, daß sie auch in Zukunft — genau wie bisher — auf das Wohlwollen und die soziale Einsicht der nachgeordneten Behörden in Ländern und Gemeinden angewiesen sind. Es bleibt hierbei um so mehr, als ausgeführt wurde, daß eine schematische Anordnung der Zuständigkeitsverteilung auf die bisherigen Bezüge zwar nicht erforderlich ist, aber im Einzelfalle doch möglich sei! Von demokratischer Seite wurde betont, daß diese Möglichkeit, Einzelfälle zu kontrollieren, die Kleinrentner in ihrer bisherigen Hilflosigkeit beläßt. Die Entschliehung sieht u. a. vor, daß das **Minderhaltungsrecht** der Fürsorgeverbände in Zukunft nicht mehr geltend gemacht werden darf, aber um ist die Möglichkeit, sie zu zwingen, von diesem, ihnen aus dem B. G. B. zuzuführenden Rechtsstand zu nehmen? Will man, wie die Regierung ausführte, den Fürsorgeverbänden, die sich den Verpflichtungen nicht anwerfen, kein Geld geben, so sind natürlich die Kleinrentner die Leidtragenden dabei. Die Volkspartei ließ erklären, daß sie sich bis zur Regelung des Finanzausgleichs mit dem Vorläufigen zufrieden gäbe. Das heißt de facto, für immer, denn um der Kleinrentner willen stößt sie sicher keinen Finanzausgleich an.

Hast Du Deine Partei lieb?

Dann denke daran, daß die Beiträge pünktlich abzuführen sind. Die Stärke der Organisation hängt von der finanziellen Leistungsfähigkeit ab.

Der Bau einer Riesen-Schleuse für den Mittelland-Kanal in Anderten bei Hannover



Der Bau dieser Riesen-Schleuse kostet über dreißig Millionen Mark. Das Werk steht in diesem Jahre seiner Vollendung entgegen. Die Schleuse hat eine Länge von 250 m und eine Tiefe von 18 m. Die schließenden Schiffe werden 15 m gehoben.

Demokraten und Aufwertung.

Richtshofen im Rechtsausshuh des Reichstages.

Der demokratische Abgeordnete **Freiherr von Richtshofen** führte im Rechtsausshuh des Reichstages aus, daß nach seiner Ansicht eine totale Neugestaltung des Aufwertungsrechtes aus allgemeinen und wirtschaftlichen Gründen eine Unmöglichkeit sei. Das müßten aus diejenigen, die wie die Demokratische Partei schwerer dem Aufwertungsrecht nicht zugestimmt hätten, anerkennen. Es sei eine grundsätzliche Frage gewesen, ob man überhaupt noch einmal die Materie durch einen neuen Gesetzentwurf hätte aufrollen wollen. Diese Frage sei jetzt von der Reichsregierung durch Einbringung des Gesetzentwurfes dahin entschieden, daß man die Absicht habe, die größten Ungerechtigkeiten, die das Aufwertungsrecht mit sich gebracht habe, zu beseitigen.

Wenn dem aber so sei, dann wäre das, was der Regierungsentwurf biete, doch außerordentlich dürftig. Es sei zu prüfen, ob nicht noch in einigen anderen Punkten eine Revision der gegenwärtigen Regelung erforderlich sei. Gegen die Bestimmungen des Gesetzentwurfes sei an sich wohl nichts einzuwenden, nur beständen erhebliche Bedenken gegen die allgemeine Vollmacht, die durch den Schlußparagrafen des Gesetzes der Reichsregierung für eine weitere Abänderung des Aufwertungsrechtes in aller umfassender Weise das Recht gegeben habe. Er, der Redner, sei der Meinung, daß jetzt alles geschaffen müße, um mit dem neuen Gesetz die schwersten Fehler des Aufwertungsrechtes zu beseitigen, daß damit aber die Angelegenheit einer endgültigen Regelung entgegengeführt werden müße und nicht die Abänderungsmöglichkeit des Gesetzes durch eine der Regierung ausgelieferte Generalvollmacht verweigert werde. Ein solcher Zustand sei im Interesse der allgemeinen Volkswirtschaft nicht erträglich. Der Ausschuh habe im Laufe der Debatte zu prüfen, ob man nicht über den Gesetzentwurf hinaus die einseitige Härteklauel, die so unangenehme Prozesse zur Folge gehabt habe, und noch habe, ganz beseitigen soll. Das sei von vornherein der Standpunkt der Demokraten gewesen und es habe sich gezeigt, daß die 20prozentige Aufwertung auch ohne die Härteklauel tragbar sei und sich die Demokraten daher mit ihrer ursprünglichen Zielsetzung auf dem richtigen Wege befanden haben.

Es sei dann weiterhin unbedeutend auch noch die Frage des Restkaufgeldes einer anderen und gerechteren Lösung entgegenzuführen, als dies im Aufwertungsrecht geschehen sei, und es sei weiterhin die Frage zu prüfen, inwieweit den durch die Inflationsverluste Geschädigten durch Verleihung gewisser Rechtsansprüche geholfen werden könne. Auf weitere Einzelragen eingegangen, befehlt sich der Redner für die Spezialdebatte vor.

Freiherr von Richtshofen kam dann darauf zu sprechen, daß unbedeutend dafür gezeigt werden müße, daß eine einheitliche Regelung der Aufwertung der Sparkassen im ganzen Reiche erfolge. Die Verordnungen der einzelnen Länder hätten so verschiedenartige Zustände geschaffen, daß es Aufgabe des Reiches sei, für eine einheitliche Handhabung und Auslegung des Gesetzes zu sorgen. Für die Wertpapier- und Pensionskassen müße ein Mindestfuß der Aufwertung festgelegt und dieser eventuell durch staatliche Zuschüsse garantiert werden. Bezüglich der Rentnerversorgung begründete der Redner die Absicht der Reichsregierung, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Er betonte aber, daß keine Partei den Wunsch habe, den notleidenden Kleinrentnern einen Rechtsanspruch auf ihre Bezüge zuzusichern, der sie von dem Odium der Almosenempfänger befreie. Weiterhin verlangte **Freiherr von Richtshofen** eine Anweisung an die Treuhänder der aufwertungsrechtlichen Versicherungsgesellschaften, daß sie zu einem baldigen Termin, als welchen er den 1. Juli ds. Js. bezeichnete, gehalten werden sollten, eine Mindestquote bekannt zu geben, und jedem aufwertungsberechtigten Versicherten eine Bescheinigung über den in seiner Höhe zu erachtenden Rechtsanspruch auf Verlangen auszubändigen. Die aufwertungsberechtigten Versicherten hätten ein Recht darauf, namentlich auch etwas Laßliches in die Hand zu bekommen, um

diesen Kapitalanspruch entweder zu verkaufen oder zu verleihen oder bei Abschluß von neuen Versicherungen entsprechend zu verwenden.

Freiherr von Richtshofen ging dann noch auf den Antrag der Demokratischen Partei bezüglich einer Umgestaltung der Anteilhaberschaft ein. Er verwies auf die Tatsache, daß der gegenwärtige Reichsfinanzminister sich sehr geneigt gezeigt habe, auch dafür zu sorgen, daß die ungezählten Volksmassen, die im schwersten Zeit dem Vaterland ihr Geld zur Verfügung gestellt hätten, namentlich ihre 12½prozentige Aufwertung bekommen sollten, damit sie als Reichsgläubiger nicht schlechter gestellt seien als die Gläubiger irgendeiner kleinen städtischen oder ländlichen Sparkasse. Es müßte ein Weg gefunden werden, durch den das Ablösungspapier so umgewandelt wird, daß es an der Börse einen Kurs erreicht, der einer 12prozentigen Aufwertung des Mißbisties entspricht. Er, der Redner, vermöge sich nicht zu denken, daß die Regierungspartei und namentlich die **Deutschnationale Volkspartei** sich einem solchen Vorgehen auf die Dauer ablehnend gegenüber verhalten könnten.

Zum Schluß wies **Freiherr von Richtshofen** die Angriffe des Abgeordneten Dr. **Veit** gegen den Reichsminister Dr. **Killj** zurück. Er führte aus, daß er persönlich in einer Volksabstimmung über das Aufwertungsrecht keine so großen Bedenken gesehen habe wie die verlesenen deutschen Regierungen. Das könne aber nichts an der Tatsache ändern, daß Reichsminister **Killj** bei Abweisung des Volksbegehrens über eine höhere Aufwertung der Reichs- und Staatsanleihen durchaus der Bestimmung der Reichsoberaufsicht entsprechend verfahren hat.

Aufwertungsfragen im Reichstag.

Eine Niederlage der Regierung.

Im Rechtsausshuh des Reichstages begann die Eingelberung über die **Novelle zum Aufwertungsrecht**, die nur dürftige Verbesserungen des Gesetzes bringt. Gleich die erste Abstimmung bedeutete eine Niederlage für die Regierung. Es wurde mit 15 gegen 13 Stimmen ein demokratischer Antrag von **Richtshofen**, **Brudau** angenommen, nach welchem die Verzinsung im Falle der Aufwertung einer gelisteten Hypothek vom 1. Januar 1926 und nicht erst, wie in der Vorlage vorgesehen, am 1. Juli 1926 beginnen soll. Zwei Zentrumsalgeordnete stimmten mit den Demokraten und den andern Oppositionsparteien für den Antrag, obwohl Reichsjustizminister **Hertz** dringend um die Ablehnung gebeten hatte.

Die Mittel für die Besoldungsaufbesserung abgelehnt.

Bei der Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung fand ein Antrag **Zorgler** und **Genossen** auf Erhöhung des Sonderzuschlags für die Beamten mit zur Debatte. Aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen änderte die Antragsteller den Antrag dahin, bei dem fünfjährigen Kapitel des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung zur Verbesserung der Beamtenentlohnung 150 Millionen Mark einzustellen. Obwohl, worauf auch von demokratischer Seite bereits bei den Verhandlungen hingewiesen worden ist, die erforderlichen Mittel durch Einparung bei den Ueberweisungen an die Länder vorhanden sind, wurde der Antrag von den Regierungsparteien gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt.

D. D. P.
Neue-Neustadt
Vortragsabend

Freitag, den 8. April, abends 8 Uhr, im Marktschloßchen, Abendstraße 6.

Demokraten und der Mittellandkanal. Die Abgeordneten Hummel, Koenneburg und die übrigen Mitglieder der Demokratischen Reichstagsfraktion haben den Antrag gestellt, die Regierungsvorlage in Hinblick auf die Fortführung des Mittellandkanals wiederherzustellen, das heißt also, in den Haushaltsplan die 40 300 000 Mark wieder einzustellen. Die Demokratische Reichstagsfraktion hat diesen Antrag gestellt, 1 nach den Maßnahmen der Regierungsparteien mit dem baldigen Aufhören aller Arbeiten am Mittellandkanal gerechnet werden muß, da eben die Gelder einzufrieren. Allein angeht es der weit vorgeschrittenen Zeiten am Mittellandkanal ist es notwendig, hier jetzt einen Aufschub zu kommen. Außerdem werte die alle Fortschrittlichkeit des Kanals allein im Sinne der Fortschrittlichkeit.

Dr. Schwager 1.

Der langjährige demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Schwager, der frühere Altkämmerer der „Zittauer Anzeigung“, ist im 69. Lebensjahr am Herztage gestorben. Schwager hat sich um die Sache des Liberalismus in Sachsen große Verdienste erworben. Der Hauptorganisator der Deutschen Demokratischen Partei hat an die sterblichen ein Beileidetelegramm gerichtet.

Beamten der Reichsbahn.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums hat die Demokratische Reichstagsfraktion den nachstehenden Antrag eingebracht:

- Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung erlaube, mit Nachdruck dahin zu wirken, daß 1. das Postinspektorenamt der Reichsbahnbeamten wirtschaftlich gestärkt wird; 2. dem Reichsbahnpersonal eine angemessene Beteiligung am Verwaltungsertrag der Deutschen Reichsbahn sichergestellt wird; 3. die Personalordnung zum Reichstag zur gesetzlichen Ratifizierung unterbreitet wird; 4. die durch die Personalordnung vorgezeichneten Ausfälle und Schwächen des Reichsbahnpersonals beseitigt werden; 5. die Dienstpostenbewerbtungs- und Beförderungshaltungen der Reichsbahnbeamten verbessert werden; 6. die Höchstbesoldungen herabgesetzt werden; 7. die Reichsbahnbeamten in der Urlaubszeit den übrigen Beamten gleichgestellt werden; 8. das Versorgungsregulativ durch eine gerechtere Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel geändert wird; 9. eine bessere Bewertung des Nacht- und Sonntagsdienstes eintritt; 10. die Reichsbahnbeamten für die Bewährungsfrist der Beamten zur ankündigbaren Einstellung auch auf die Reichsbahnbeamten angewendet werden.

Verbesserung des Wohnungsbaues für Staatsbedienstete.

Die Fraktionen der sozialdemokratischen Partei, desentrums und der Deutschen Demokratischen Partei haben den Antrag im Preussischen Landtag eingebracht: Das Staatsministerium wird ersucht, im Anbetracht der 10 Millionen RM. bereitzustellen, die als staatliche Beihilgebeträge für Wohnungsbauten für preussische Staatsbedienstete Verwendung finden sollen.

Kampf gegen gesellschaftliche Nechtung.

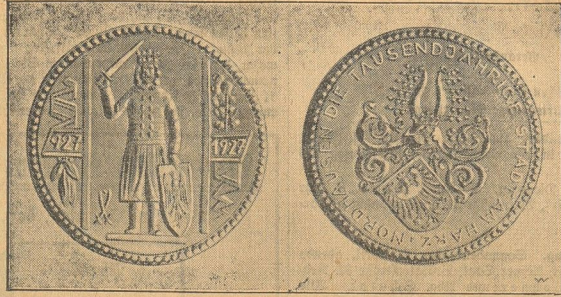
Die demokratische Gesandtschaft. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, hat von Seiten der demokratischen Reichstagsfraktion gegen einen Gesandtschaft einzubringen, durch den der Kampf gegen gesellschaftliche Nechtung politisch andersförmig gemacht werden soll.

Demokratische Anträge zum Reichswahlrecht.

Erfahrungsaussage. — Zehnprozentige Ermäßigung. Die Demokratische Reichstagsfraktion hat zur Beratung des Reichswahlrechts einen Antrag eingebracht, der mit der Frage des Erlasses befaßt ist und der folgenden lautet:

- Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung erlaube, 1. die Entscheidung über die Einstellung der Mannschaften in die Reichswehr und Marine Erfahrungskommissionen zu übertragen, die aus zivilen und militärischen Mitgliedern zu bilden und an den Seiten der Gruppenkommandos der Nord- und Ostseeformation einzurichten sind; 2. die Entscheidung über die Einstellung von Offiziersaspiranten in die Reichswehr und Marine ausschließlich von einer Zentralstelle des Reichspostministeriums treffen zu lassen.

Ein zweiter eingebrachter Antrag lautet folgendermaßen: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung erlaube, dahin zu wirken, daß im Vollzuge des Haushaltsplanes vom Reichspostministerium für 1927/28 eine Wönderung der Gesamtsummen um 10 Prozent erzielt wird.“ Dieser Antrag geht davon aus, daß es, falls im nächsten Jahre weiteren Einsparungsanträge angenommen werden, Aufgabe der Reichsregierung ist, beim Vollzuge des angenommenen Etats für Sparmaßnahmen zu sorgen. Dazu soll der demokratische Antrag helfen, der insbesondere dem Finanzminister die Möglichkeit des Einschlusses auf das Reichspostministerium geben soll. Schließlich wird die Demokratische Reichstagsfraktion Plenum dieserjungen Anträge wieder eindringen, die



Anlässlich des 1000jährigen Jubiläums ließ die Stadt Nordhausen am Harz die oben abgebildete Gedenkmünze aus Porzellan herstellen.

bereits im Haushaltsausfluß beraten worden sind. Diese Anträge lauten:

- „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu erlauben, 1. bei kommenden internationalen Verhandlungen mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles (Artikel 173 bis 175) baldmöglichst eine Abänderung in der Weise erfahren, daß das Deutsche Reich in die Lage versetzt wird, durch Spaltung einer auf dem Höchstmaß beruhenden Wehr seine Landesverteidigung dem nationalen Bedürfnis entsprechend zu gestalten; 2. durch internationale Verhandlungen auf eine alsbaldige Abänderung der auf Grund des Artikels 168 Abs. 1 des Vertrages von Versailles getroffenen Vereinbarungen hinzuwirken, damit im Interesse des Reiches und der allgemeinen Wirtschaft das künstlich geschaffene Monopol einiger weniger Fabriken für Herstellung von Waffen und Munition schnellstens ein Ende findet. Dadurch muß erreicht werden, daß in Zukunft dem Reichswirtschaftsministerium eine auszeichnende Auswahl industrieller Unternehmungen zur Verfügung steht und somit die Möglichkeit entsprechender Regulierung der Preise gegeben ist; 3. dafür Sorge zu tragen, daß die Preise für die Lieferungen seitens der gegenwärtig zur Herstellung von Waffen und Kriegsmaterial zugelassenen Fabriken zu Selbstkosten zuzüglich eines zeitweiligen Gewinnzuschlages berechnet werden, daß die Prüfung dieser Selbstkosten laufend vom Rechnungshof des Deutschen Reiches vorzunehmen ist, und daß die im Haushaltsplan für die Umstellung der oorbzeichneten Fabriken ausgeworbenen Summen, sofern sie einem dauernden Wertzuwachs der betreffenden Werte darstellen, lediglich als Darlehen gegeben werden.“

Der Kampf um das neue Polizeibeamtengesetz.

Eine Warnung des Ministers Grzesinski.

Von Seiten der Polizeibeamten wird gegen den Entwurf zu einem neuen Polizeibeamtengesetz, den der Preussische Minister des Innern dem Staatsrat zugestellt hat, Entzug gelaufen. Die Polizeibeamtensverbände lehnen fast durchweg diesen Entwurf als für sie unannehmbar ab. Infolge der entstandenen Agitation hat jetzt der Preussische Minister des Innern Grzesinski dem Verband Preussischer Polizeibeamten (Schraeder-Verband) — dem die meisten preussischen Polizeibeamten angehören — folgende Verfügung zugehen lassen:

Die Agitation gegen den Entwurf des vom Staatsministerium beschlossenen, von mir als Reformminister vornehmlich gesegneten Polizeibeamtengesetz hat Formen angenommen, die ich im Interesse des Ansehens der Polizei und der Disziplin der Polizei nicht unabweisend hinnehmen kann.

Ich habe Verständnis dafür, daß die Verbände der Polizeibeamten die Interessen der Beamtenschaft wahrzunehmen und auch mit Nachdruck und Ernst mir gegenüber vertreten. Diese Vertretung berechtigter Interessen darf aber nicht dazu führen, daß jede Disziplin und jedes Vertrauensverhältnis zwischen der Beamtenschaft und ihrem vorgelegten Minister ernstlich erschüttert wird. Wenn jetzt überall zu öffentlichen Kundgebungen gegen das Gesetz aufgefordert wird, wenn in Versammlungen meine Kenntnis des Gesetzes in Abrede gestellt wird und meine Mitarbeiter in herabwürdigender Form kritisiert werden, wenn den Fraktionen gegenüber hinsichtlich ihrer Haltung zu dem Gesetz mit der parteipolitischen Haltung der Polizeibeamtenschaft bei den künftigen Wahlen gewissermaßen bedroht wird, so wird die Polizeibeamtenschaft dadurch in einen Erregungszustand und gleichzeitig in einen politischen Kampf hineingebredt, der im Interesse ihres Ansehens und ihrer Berufstreue unter allen Umständen vermieden werden muß. Sollten Sie nicht Formen für die Agitation finden, die völlig sachlich sind und sollten Sie nicht die Gewähr übernehmen können, daß diese Grundsätze auch von Ihren Rednern eingehalten wird, so wird mich die Rücksicht auf die gesamte Polizeibeamtenschaft zu meinem Bedauern dazu zwingen müssen, die Zusammenarbeit mit den betreffenden Persönlichkeiten und Verbänden solange einzustellen, bis die Gewähr für ein anderes Verhalten gegeben ist. Ich würde einen solchen Schritt nur ungern tun, möchte aber keinen Zweifel darüber lassen, daß Staatsnotwendigkeiten allen anderen Rücksichten voranzusetzen. Ich darf bei Ihnen als den Vertretern der Polizeibeamtenschaft Rücksicht hierauf vorzusetzen und würde dankbar sein, wenn dieser erste Hinweis genügen würde, um alle Weiterungen zu vermeiden.“

Ein solcher erster Hinweis mit der Androhung des Abbruchs der Beziehungen gegenüber einem Beamtenverband von der Bedeutung des Verbandes Preussischer Polizeibeamten ist nicht etwas Unbilliges und es ist besonders bezeichnend, daß sich ein sozialdemokratischer Innenminister dazu veranlaßt sieht, einen solchen Schritt zu unternehmen. Es kann und soll hier nicht untersucht werden, ob ein solcher Schritt unbedingt erforderlich war. Es wäre aber erfreulicher gewesen, wenn man eine solche Maßnahme hätte vermeiden können, und wenn man nicht den Weg der offiziellen Verfügung gewählt hätte. Da der Vorsitzende des Verbandes Preussischer Polizeibeamten, Schräder, unseres Wissens der Sozialdemokratischen Partei angehört, hätten sich doch vielleicht andere Wege finden lassen und wäre es vielleicht möglich gewesen, den Eindruck zu vermeiden, als wolle man die Meinungslosigkeit der Beamten auf nur irgendwie beschränken. Selbstverständlich will das der Herr Minister Grzesinski nicht. Wenn der Minister zu der Ansicht gekommen ist, daß in den Versammlungen eine Agitation getrieben wird, die sich nicht mit der Disziplin und dem erwünschten Vertrauensverhältnis zum Ministerium in Einklang bringen läßt, dann täte er vielleicht auch gut, einmal zu prüfen, inwiefern die Abgeordneten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu den Polizeibeamtensversammlungen eine solche Agitation begünstigt, ja vielleicht sogar in die Veranlassung hineingetragen haben. Wenn der sozialdemokratische Abgeordnete Simon (Neuhaus) erklärt hat, daß der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski nicht für das Gesetz verantwortlich ist und wenn er verneint hat, diese Verantwortung auf Beamte des Preussischen Innenministeriums abzuwälzen, so braucht der Minister sich nicht darüber zu wundern, wenn nachher behauptet wird, daß er nicht die erforderliche Kenntnis des Gesetzes besitze. Der Minister hat, der Minister Grzesinski wolle daher vielmehr gut daran tun, einmal mit seiner eigenen Fraktion über diese Dinge und die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten in der Öffentlichkeit ein sehr ernstes Wort zu sprechen. Auch die Demokraten haben an dem vorgelegten Gesetzentwurf allerdings auszusetzen, sie sind aber der Ansicht, daß die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten in durchaus sachlicher Form ausgetragen werden müssen.

Bahnhofswirtschaften und Bahnhofsverkaufsstellen.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat einen neuen Vorschlag über die Richtlinien für die Behandlung der Bahnhofswirtschaften und der Bahnhofsverkaufsstellen in gewerbepolizeilicher Beziehung herausgegeben. In diesem Erlaß sind die Regierungspräsidenten angewiesen worden, vor Zulassung von Ausnahmefällen für Bahnhofswirtschaften und Bahnhofsverkaufsstellen u. a. die Vertretungen der beteiligten Gewerbetreibenden (Gastwirtschaften, Einzelhandel, Handwerk) zu hören. Es ist anzunehmen, daß infolge dieses Erlasses viele Beschwerden der genannten Gewerbe über eine allzu starke Konkurrenz der Bahnhofswirtschaften und Bahnhofsverkaufsstellen behoben werden.

Stört die Demokratie! Wer dem Vaterlande näher will, für Einigkeit, Recht und Freiheit eintritt, der reißt zur gemeinamen Arbeit allen Gelfegensinten die Hand. Zur Aufnahme meldet sich: Name: ... Vorname: ... Beruf: ... Wohnort: ... Straße: ... Nr. ... Bemerkungen: ... Ausgefüllt einzusenden an die Deutsche Demokratische Partei für den Bezirk Halle, Halle, Leipziger Straße 21; für den Bezirk Magdeburg-Neuhalt, Magdeburg, Breiter Weg Nr. 139/140

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

Berankastungen
der
**Deutschen Demokratischen Partei,
Ortsgruppe Magdeburg.**

Geschäftsführender Ausschuss: Montag, 4. April, abends 7½ Uhr in der Geschäftsstelle, Breiterweg 139 bis 140.

Stammlich: Dienstag, 5. April, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6. Erwünscht ist starke Beteiligung.

Beamtentagung, Sonnabend, den 2. April, abends 7 Uhr Freundschaft, kleiner Saal, Prälatenstraße 32. Redner: Abg. Dr. Böhner und Abg. Schuldt. Alle Reichs-, Staats-, Kommunalbeamten und Lehrer sind zu dieser Tagung freundlichst eingeladen.

Bezirksparteitag, Sonntag, den 3. April, vormittags 9 Uhr Freundschaft (Prälatenstraße 32). Bericht des Vorstandes, Finanzbericht, Wahlplan. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Öffentliche Kundgebung, Sonntag, den 3. April, vormittags 11 Uhr in der Freundschaft (Großer Saal), Prälatenstr.: Redner: Prof. Dr. Summel M. D. R. und Dr. Böhner M. D. L. Jedermann willkommen. Die Mitglieder der D. D. P. werden um starke Beteiligung gebeten.

Stadtteilgruppe Neue Altstadt, Freitag, den 8. April, abends 8 Uhr im Marktschloßchen (Abendstr. 6): Vortrag von Herrn Redakteur Dieffenhal: „Wo stehen wir?“ Eingeführte Gäste haben Zutritt.

Der Mitgliedsbeitrag für das zweite Betriebsjahr 1927 für die Ortsgruppe Magdeburg ist fällig und beträgt für Herren mindestens M. 2.— und für Damen M. 1.—. Wirtschaftlich Schwache legen die Höhe des Beitrages selbst fest. Der Vorstand erwartet, daß die leitungsfähigen Mitglieder sich zu höheren Beiträgen freiwillig verpflichten. Die Beiträge werden in der Regel durch unseren Kassaboten eingezogen, jedoch steht es unseren Mitgliedern frei, die Zahlung der Beiträge direkt in unserem Büro vorzunehmen. Wir bemerken nochmals ausdrücklich, daß in dem Mitgliedsbeitrag die Bezugsbühren für die „Mitteldeutsche Rundschau“ nicht enthalten sind. Diese Gebühren werden gegen Quittung gleichzeitig mit dem Parteibeitrag erhoben.

Einzelmitglieder und Vertrauensmänner, die keiner Ortsgruppe bzw. keinem Kreisverein angehören, zahlen ihre Beiträge direkt an die Wahlkreisgeschäftsstelle. Mitgliedsbeitrag vierteljährlich 1 M. Um möglichst baldige Abführung des Beitrages wird freundlichst gebeten.

Halberstadt. Außenpolitische Woche für Halberstadt und Vorhaz (Staatsbürgerlicher Lehrgang) Festsaal der deutschen Oberstufe, Bismarckplatz.

Eingekamerstellungen der weltpolitischen Probleme.

Montag, 4. April, 8 Uhr abends: Geheimrat Kleinow, Berlin: Sowjetrußland. „Die Methoden der russischen Außenpolitik.“

Mittwoch, 6. April, 8 Uhr abends: Dr. Wilhelm, Prof. der Zoologie an der Universität Frankfurt a. Main: Ostasien. „Die gegenwärtige politische und soziale Entwicklung in China.“

Weltwirtschaftliche Schulbetrachtung.
Freitag, 8. April, 8 Uhr abends: Rudolf Wisloff, Reichswirtschaftsminister a. D., Berlin: Die weltwirtschaftliche Verflechtung.

Reichszentrale für Heimatdienst.
Landesabteilung Mitteldeutschland.

Wolmirstedt. Öffentliche Versammlung. Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltete eine öffentliche Versammlung, in der Landtagsabgeordneter Hourz über „Die Sorgen des gewerblichen Mittelstandes“ sprach. Einleitend wies Redner auf die Kriegslasten und die Finanzpolitik des Reiches hin; letztere belastet ungemein schwer die Kreise des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes. In den gegebenen Verhältnissen muß es Aufgabe der Volkswirtschaftler sein, nicht die Ausgaben zu steigern, sondern die Steuerlaste herunterzudrücken durch eine sparsame und vernünftige Wirtschaftspolitik. Man könnte nicht behaupten, daß die Vertreter des Mittelstandes in den verschiedenen Parteien sich nach dieser Richtung hin erfolgreich durchgesetzt haben. Es sei nicht seine Aufgabe, die Sünden der einzelnen Parteien hier aufzuzählen. Notwendig sei, daß sich der Mittelstand nicht in einer besonderen Partei politisch betätige, sondern verbunden müsse, sich bei den großen politischen Parteien durchsetzen. Dem Mittelstand sei zu raten, sich in wirtschaftlichen Organisationen oder in Fach- und Berufsverbänden zu organisieren. Diese Organisationen müssen natürlich vollständig neutral sein. Die Deutsche Demokratische Partei hat in Reich und Staat bewiesen, daß sie Gegenerin jeder Klassenpolitik sei, ebenso Gegenerin jeder Sozialverteilung, auch der „faulen“ Sozialverteilung. Wenn sich der Mittelstand einzig mit dem Arbeiterverein, stünde es zweifellos besser mit ihm. Seine Schwächen liegen in seiner Zersplitterung. Hier mußte zuerst der Hebel angelegt werden. Es sei durchaus möglich, daß der Mittelstand in den großen politischen Parteien eine führende Rolle spielen könnte, wenn er aus seiner Reserve heraustrete und praktisch mitarbeiten

würde. Die Deutsche Demokratische Partei sieht es als ihre Hauptaufgabe an, dem Mittelstand zu helfen, wo sie ihm helfen kann. In den letzten Jahren sei es hauptsächlich der demokratische Reichsfinanzminister Dr. Reimbold gewesen, der eine sehr beachtenswerte Steuerumgebung vorgenommen habe, er hat beispielsweise die Umsatzsteuer auf ¼ Prozent herabgesetzt. Ebenso hat Dr. Reimbold ganz enorme Erleichterungen bei den Steuernachzahlungen für

Bezirksverband Magdeburg - Anhalt

Vergessen Sie nicht, daß am



in Magdeburg in der „Freundschaft“, abends 7 Uhr eine

Beamtentagung

stattfindet. Es sprechen:

Abgeordneter Schuldt

und

Abgeordneter Dr. Böhner

Eingeführte Gäste haben Zutritt.

das Jahr 1925 und 1926 eintreten lassen. Man könnte schon helfen, wenn man wollte. Deshalb sei es Aufgabe des Mittelstandes, auch in der Politik zum Nutzen des eigenen Standes mitzuarbeiten. Die Ausführungen fanden sehr guten Beifall. An der lebhaften Aussprache beteiligten sich 2 Magistrate, Mitglieder, die als Sprecher der Sozialdemokratischen Partei bzw. des Reichshauptverbandes für Handwerk und Gewerbe ihre volle Zustimmung zu dem Referat des Abg. Hourz gaben.

Bezirk Halle.

Halle. Zum Bau des Mittelkanals. Dem starken Interesse, das man in Mitteldeutschland dem Bau des Mittelkanals entgegenbringt, hat die Demokratische Reichstagsfraktion Rechnung getragen und zur Bereitstellung der Mittel, die von den Rechtsparteien abgelehnt waren, einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wie die Dinge liegen, war durch den Antrag der Regierungsparteien im Sausballauschuß des Reichstages die Regierungsvorlage, die für die Fortführung des Mittelkanals 40 300 000 M vorzusehen, 20 Millionen Mark gekürzt worden. Darauf hat die Demokratische Reichstagsfraktion angesichts der weit vorgeschrittenen Arbeiten an dem Mittelkanal und um die schnelle Herstellung, die allein eine Wirtschaftlichkeit des Kanals ergibt, zu ermöglichen, den Antrag eingebracht, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, also in den Sausballauschuß die vollen 40 300 000 Mark wieder einzustellen. Die demokratischen Vertreter in den Stadtwahlmännern und städtischen Parlamenten werden gut tun, auf die Stellung der Demokratischen Fraktion besonders aufmerksam zu machen.

Jungdemokraten Halle. In der gut besuchten Zusammenkunft vom 23. März sprach unser Freund, Herr Dr. jur. Werner Etkan, über Selbstverlebens während der Rheinlandsbefreiung. In interessanter Ausführungen wurden wir mit vielen Begebenheiten, ersten Dingen und auch Kuriositäten dieser schweren Zeit bekannt gemacht. Der Vortragende verstand es, seine ershöpften Ausführungen in fesselnder und anregender Weise darzubringen, jedoch der Abend für alle Besucher wertvoll war. Reicher Beifall dankte dem Referenten für seinen Vortrag, dem sich noch eine kurze Aussprache anschloß. Nach eingehender Aussprache übernahm die bisherige 2. Vorsitzende, Fräulein Friede Winne, die Leitung der Hallenser Gruppe. Durch freundliche Spenden Hallenser Parteifreunde, die der jungdemokratischen Bewegung Sympa-

thie entgegenbringen, ist es möglich, 5 unserer Freunde zum Reichsjugendtag in Seidberg Ostern 1927 zu senden. Wir danken auch an dieser Stelle allen Gönnern für die Lebenswürdigkeit. Der unterzeichnete bisher erste Vorsitzende dankt bei dieser Gelegenheit persönlich nochmals allen benachteiligten Parteifreunden, die ihn bei Rat und Tat bei der Führung der Jungdemokraten a. recht und wohlwollend unterstützen. A. Klein

Weißfels. In einer öffentlichen Versammlung sprach Mittwoch abend in „Germannsgarten“ Landtagsabgeordneter Hourz über „Mittelstands- und Steuerfragen“. Infolge des verlorenen Krieges sei die Steuerlast gewaltig angezogen worden. Um leben zu können, brauche sowohl der Staat wie auch das Reich Steuern; doch müsse eine gerechte Verteilung der Last gefordert werden. Der Redner beschäufte sich eingehend mit der Gewerbesteuer, an deren Novelle er selbst mitgearbeitet hat. Diese Steuer trage den Stempel besonderer Ungerechtigkeit, weil sie eine Sondersteuer der Stelle, welche nur von einem Teil der Bevölkerung, d. h. Gewerbetreibenden, aufgebracht werden müsse. Wenn im Jahre 1927 eine Senkung dieser Steuer eintritt, dies nur auf das entschiedene Eintreten der Demokratischen Partei zurückzuführen. Er ging nunmehr über zu Haussteuer und Wohnungswirtschaft. Freiheit in dem Wohnungsmarkt müsse angestrebt werden; die Freiheit dürfe aber nicht so verstanden werden, wie in Münster Hirtfelder sie in seiner Verordnung versteht, in welche einen Teil der Bevölkerung schloß. Man müsse hoffen, daß die am 1. April zu erwartenden Schulmaßnahmen die schwersten Parteien weitestgehend entlasten. Die Stellung der anderen Parteien noch beleuchtet hatte, schloß er unter lebhaftem Beifall seine anregenden Ausführungen. In der sich anschließenden Aussprache, in welcher die Herren Max Taucher und Schneider das Wort ergriffen, wurden sich ergebende Fragen der Steuergebung durch verschiedene Beispiele grell beleuchtet und dem Redner Wünsche mit auf den Weg gegeben. Der Versammlung leitete, Kaufmann Wagner, dankte dem Redner für die vorerfährlichen und sachlichen Ausführungen und betonte, daß in der jetzigen Zeit alle freirechtlich und liberalen Staatsbürger zusammenstehen müssen, einen gerechten Ausgleich zu schaffen sowie auch zur Beseitigung ihrer geistlichen Güter, die in Kulturfragen am besten durch die Deutsche Demokratische Partei gemacht würden. Es sei wünschenswert gewesen, daß alle Eingeladenen die in ihren Ausführungen dieses anerkannten Vertreters der gewerblichen Mittelstände mit angehört hätten, da der selbst nicht nur viel Neues, sondern auch Aufklärung gebracht habe.

D. D. P. Ortsgruppe Weißfels. Montag, den 4. April, abends 8 Uhr Monatsversammlung im „Säbischen Hof“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Bitterfeld. Die hiesige Ortsgruppe der D. D. P. hielt am 23. März ihre Monatsversammlung ab. Der Kreisvorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über das am 19. und 20. März abgehaltene 6. ordentliche Parteifreizeitpartei in Halle. Sodann wurde zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung der Frühjahrsversammlung des Kreisverbandes Stellung genommen und besonders die Punkte über Zustimmung der Gewerkschaften zur Auslösung, über den Bau eines neuen öffentlichen Krankenheimes und der Hauptausbauplanung des Kreises in einer lebhaften Aussprache erörtert. Zum Schluß ergingen langsame und verschiedene städtische Fragen zur Berichterstattung.

Eilenburg. In einer von der Ortsgruppe der D. D. P. einberufenen Versammlung sprach am Sonnabend unser Herr Pfarrer Moering aus Breslau über „Raufurfragen“. Bericht über die Versammlung folgt.

Torgau. Herr Landtagsabgeordneter Wicke hat unseren Parteifreunden in Torgau zu einer Versammlung eingeladen. Wir begrüßen die Wüst der Torgauer Freunde Aufklärungsarbeit zu leisten und wünschen guten Erfolg. (Schriftl.)

Leoben Jungdemokraten. An einem Werkabend der Jungdemokraten am vergangenen Freitag sprach Herr Dorblitz-Halle über das Thema: „Warum bin ich Jungdemokrat?“. Die Rednerin ging aus von dem Zusammenbruch des alten Systems und daß das deutsche Volk stolz sein kann, daß es ohne die Jüsten zu seiner jetzigen Stellung emporgestiegen ist. Demokratie heißt Führerauslese, also Herrschaft der Besten im Volke. Seit dem Bahnlatter der Jugend folgendes: Wir müssen uns mit aller Kraft für die Beibehaltung der 20. Jahresgrenze zur Wahlberechtigung einsetzen. Mit 16 bis 18 Jahren müssen die jungen Menschen oft schon die Familien miternähren und werden von ihren Kollegen auch vollständig über die politischen Fragen unterrichtet. Auch für den Kriegsdienst war die Jugend mit 18 Jahren reif genug. Warum soll man ihr dann nicht mit 20 Jahren das Stimmrecht geben? Zu den Farben der Republik wiederlegte die Rednerin den Vorwurf der Rechten, schwarzrot-gold sei traditionslos, mit dem Beweis, daß schon 1812 die Reichsreform die Farben schwarzrot-gold zeigte. Auch hat schwarzrot-gold nicht die schwarzweiß-rote Fahne verdrängt, sondern sie trat anstelle der roten Fahne, die in den Märztagen gehißt worden war. Schwarzrot-gold ist auch die Fahne des Friedens. Jedem Mensch müßte einen neuen Krieg ablehnen. Die Geschichte sind die schrecklichsten Kampfesmittel der Neuzeit. Die Rednerin forderte zum Schluß die demokratische Jugend auf, für die deutsche Republik und ihre Farben schwarzrot-gold jederzeit einzutreten und sie mit aller Kraft zu schützen. Weiter sprach als Vertreter der Partei Herr Windecker und forderte die Jugend recht dringend auf, sich mit Geist und Fleiß der deutschen Republik zu beschäftigen und dadurch die Liebe zu ihr groß zu ziehen. Reicher Beifall lohnte den Redner; und auch der gefällige Teil kam nun zu seinem Recht.



Zur Beachtung!

Unsere Parteigeschäftsstelle in Halle befindet sich jetzt im Hause Leipzig Straße 87, 2 Treppen (Hauseingang neben dem Ufa-Kino und dem Spielwarengeschäft C. F. Ritter). Als Fernsprechanschluß bleibt die bisherige Rufnummer 21277.



Der Weltkrieg
Nummer
Die Nieder
und Lötter
Der P
Und alle
dem die Zeit
Reaktion an
nicht wieder
viel gebraucht
Noch
Stellung zu
die dreimalige
Bewertung
schließe nicht
ein wichtiges
fremd Dr. S
Es müßte
Jentums bei
anderen Aus
stellen. Den
Wandernde
Krieges aus
rücken, so
hätten Hoff
Schritt gehen
kommen. Ger
schiff, wenn
Mittwoch
alle Kultur
überprüfen.
Schwierigen
fremd, daß si
entstehen.
die Wohlge
schon in
Wohlfahrt
nicht, wenn
kostenlos
werden wer
Börse, oder
de davon an
sich nicht m
die Webers
fremd gem
Smaratke
einwärtigen
schen Die
schon für
werden. Die
früher. Die
ist, oder die
die Maßstab
zu sein. Die
fremd gegen
nicht gesch
Deutschland
let. Das
Geld und W
es ein s
is in der
ob man
sein wird.

